

Tabak-Tribüne

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postämter, Buchhandlungen und Kioske sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pf. ohne Fracht. — Einzelheft 25 Pf. — per Kreuzband 39 Pf. Vorausbezahlung.

Verträge müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgesetzt sein. Die 5gefaltete Beilage kostet 25 Pf.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 50.

Sonntag, den 13. Dezember.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die gesamte Tabakarbeiterschaft Deutschlands!

Der Ruchhandel beginnt! Der Reichstag hat in einer siebenstägigen Debatte über die neue „Reichsfinanzreform“ verhandelt. Bei der Neuvue über die einzelnen Steuerprojekte dieser Reform lägen es klar zutage zu treten, daß das Zigarren-Wanderollesteuerprojekt bei den vorliegenden Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Konserverativen, keine Zustimmung erlangen würde. Das Wanderollesteuerprojekt dürfte wohl als gefallen zu betrachten sein. Selbst aber, wenn diese Wahrheit werden sollte, dürfen die Tabakarbeiter Deutschlands sich nicht trügerischen Hoffnungen hingeben, denn an Stelle des gefallenen Projekts treten sofort einige neue andre, welche aber immer und immer wieder die von dem Tabak zu erzielende Mehreinnahme von 70 bis 80 Millionen und möglichst auch noch darüber hinaus zu bringen haben. Als solche neue Projekte sind von verschiedenen Parteien in Anregung gebracht: Zollerhöhung von 85 auf 150 Mt. pro Doppelzentner. Ebenso auch eine Erhöhung der Zinlandsteuer. Als drittes Projekt ist eine Kostaab-Werkesteuer vorgeschlagen worden. Mag dieses oder jenes Projekt auf der Bildfläche erscheinen, wir müssen immer wieder das Gesagte wiederholen: Mag die neue Belastung des Tabaks einen Namen tragen, welchen sie wolle, wir haben uns gegen jede neue Belastung zu wenden. Die Form derselben ist gleichgültig; die Wirkung auf unsern hundertartigen Magen bleibt dieselbe. Die Regierung sucht trotz des eingeleiteten Ruchhandels die Wanderollesteuer durchzuführen, um so mehr, als sie durch Festhaltung an diesem Projekt die Ruchhändler zu größeren Zugeständnissen respektive Bewilligungen und eventuell in andre Formen zu drängen glaubt.

An die Tabakarbeiter Deutschlands richten wir die energische Aufforderung, an allen den Orten, wo die Agitation bis jetzt sehr wenig oder gar zu schwach betrieben worden ist, sich aufzurufen, um mit uns vereint auch gegen die ferneren Projekte zu opponieren, damit dieselben um so sicherer zu Falle gebracht werden können. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Gefahr heute größer ist wie je zuvor. Mit dieser vergrößerten Gefahr muß unsre Arbeit, unsere Ausdauer in der Agitation gegen diese Vergewaltigung, den Ruin unsrer Industrie bis zur höchsten Potenz gesteigert werden. Den letzten Tabakarbeitern und Tabakarbeiterinnen bis in die dunkelsten Winkel hinein muß es klar gemacht werden, was auf dem Spiele steht und wo ihr Platz ist. Jeder muß ein Agitator sein. An allen Orten, wo nur einigermaßen Tabakindustrie vertreten, wo bis jetzt noch keine Kommissionen gewählt worden, wo auch bis jetzt keine Protestversammlungen stattgefunden haben, ist dieses schmerzhaft nachzuzuholen. Tiefershalb müssen sich die Kollegen mit ihren Bezirksleitern, und zwar nur mit diesen, in Verbindung setzen.

Tabakarbeiter Deutschlands! Den von uns schon angekündigten

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands mit ihren Nebengewerben berufen Unterzeichnete hiermit zu **Montag, den 18. Januar, morgens 9 Uhr, nach Berlin.**

Zu welchem Lokal der Kongress stattfinden, geben wir später bekannt. An den Orten, wo Delegierte hierzu noch nicht gewählt sind, muß dieses jetzt nachgeholt werden und Wahlmahlungen zur Bestreitung der Unkosten des Kongresses vorgenommen werden.

Der Reichstag hat die Reichsfinanzreformvorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern übertragen, welche wahrscheinlich am Freitag, den 11. Dezember 1908, mit dem Reichstag in die Weihnachtstage geht, die bis zum 12. Januar 1909 dauern.

Kollegen! Diese Zeit müßt ihr noch tüchtig zur Agitation und zur Abwehr des uns drohenden Ruins anwenden.

Die **Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.**
S. A.: Wtlg. Boerner

Wo ist die Wahrheit?

Fast können wir es nicht glauben, was uns über die neueste Wendung in der Tabaksteuerfrage mitgeteilt wurde. Vertreter des Deutschen Tabakvereins, also der Organisation der Zigarrenfabrikanten, sollen im Reichs-

schtag sowohl, wie Führern bürgerlicher Parteien den Vorschlag gemacht haben, die Wanderollesteuer für die Zigarrenindustrie fallen zu lassen, dafür eine Erhöhung des Gewichtsolles in den Kreis ihrer Berechnung zu ziehen. Ja, man nannte uns sogar den Zolltag, den diese Unterhändler angeboten haben sollen: 125 Mark pro Doppelzentner ausländischen Tabak. Mit diesem hohen Zolltag wolle sich jedoch das Reichsschtagamt nicht zufrieden geben, es sei dort von mindestens 150 Mark pro Doppelzentner geredet worden.

Von anderer Seite wurde uns dagegen gesagt, der Deutsche Tabakverein sei nicht offiziell an diesen Umtrieben gegen die Tabakindustrie beteiligt, aber einflußreiche Großfabrikanten betrieben sie.

Gegen diese Verrätere — denn anders wäre dieser Ruchhandel nicht zu bezeichnen — müßte die Tabakindustrie energisch Front machen. Vor allem wird es nötig sein, daß der Deutsche Tabakverein entsetzt den Stellung nimmt zu den Mitteilungen, die in den Wandlungen des Reichstags mit verschiedenen Zutaten Stoff zu allerhand benurthilenden Gespinnsten geben.

Selbstverständlich müssen derartige Gerüchte jenen Parteien, die den Tabak um jeden Preis höher besteuern möchten, willkommenen Anlaß zur Ausschüttung neuer Steuerprojekte geben. Nicht umsonst scheint von der offiziellen nationalliberalen Kölnischen Zeitung die verwirrende Mitteilung in die Steuerdebatte geworfen zu sein, einzelne Parteien — der Bloß etwa? — hätten sich entschieden, die Wanderollesteuer fallen zu lassen, dafür aber den Tabak in anderer Form zu belasten, entweder in Form eines Wertzolles auf ausländischen Tabak oder unter einfacher Erhöhung des Gewichtsolles.

Während der Weihnachtsferien werden die Steuerzutreiber der Regierung alle Register ziehen, um die sich noch sträubenden Abgeordneten für diese Form der Tabakbelastung zu gewinnen. Demgegenüber muß die Tabakindustrie nunmehr ihr Kampffeld erweitern und den Kampf gegen diese von den Offiziellen herbeigeführten Projekte ausdehnen. Vor allem aber muß — wie gesagt — erst Klarheit geschaffen werden, ob Kreise der Tabakindustrie an diesem Schlag in den Rücken der Tabakindustrie beteiligt sind.

Vornehmlich die Kreise der kleinen und mittleren Zigarrenfabrikanten sollten kräftig darauf dringen, daß ihre Organisation, der Deutsche Tabakverein, reinen Wein über den Stand dieser Angelegenheit einfließen. Wie es scheint, sollen sie eingeleitet werden mit der Redensart, daß eine derartige Zollerhöhung nicht gefährlich wäre für die Zigarrenindustrie.

Nun, wir werden bald näher auf die Bedeutung der Zollerhöhung eingehen, sie ist ja auch bereits früher in ihrer Gefährlichkeit dargelegt worden. Jetzt aber heißt es: Den Vereinigungen der Abgeordneten durch die Steuerwüterische muß entgegen gearbeitet werden. Wie man die Abgeordneten bisher über die Wirkung der Wanderollesteuer belehrt hat, so muß das während der Weihnachtsferien auch über die Zollerhöhungsprojekte geschehen.

Kollegen! Nicht gesäumt! Die Gefahr wächst, weil die Gegner mit Hinterlist und Heimtücke gegen die Tabakindustrie ihre vernichtenden Steuerpläne richten. Die Arbeiter wissen, daß die Gefahr der Zoll- und Steuererhöhung für sie gleich groß ist, darum wird ihr Kampf ebenso energisch sich gegen diese Projekte richten.

Aus der Stellung, die der Deutsche Tabakverein zu dieser neuesten Wendung nehmen muß, werden wir ja bald erfahren, ob der Kampf nur von den Arbeitern gegen den neuen Streich geführt werden muß. Dann wird zu erwägen sein, ob ein Appell an die gesamte organisierte Arbeiterschaft zu richten ist, uns in diesem Kampfe um unsre Existenz mit allen Kräften zu unterstützen.

Also immer vorwärts!

Protestbewegung gegen die höhere Besteuerung des Tabaks.

General v. Diebert als „Bollhörsleiter“. In Ungenan wurde eine Protestversammlung gegen die Erhöhung der Tabaksteuer, die von den Tabakindustriellen arrangiert war, abgehalten. Zu der Versammlung wurde auch der Abg. v. Diebert eingeladen, um sich über die Wünsche seiner Wähler zu orientieren. General v. Diebert drangte, der Versammlung nicht beizubehalten zu können, weil er angeblich schon anderweitig versagt war. Er tröstete aber den Dreißigjährigen mit der Bemerkung, daß alles geschehen soll, um die Zigarrenarbeiter nicht zu schädigen, sondern die Wanderollesteuer auf die Konjumenten, also auf die Raucher abzuwälzen.“ Herr

v. Diebert hat mit dieser Antwort bewiesen, daß er gar keine Ahnung davon hat, wie verheerend auf die Tabakindustrie eine solche Konsumsteuer wirken muß.

Der antisemitische Abgeordnete Raab entschuldigte sein Fernbleiben von einer Protestversammlung, zu der er eingeladen war, durch folgendes Schreiben:

Die Zeitsache an Ihrer Versammlung am 15. wird mir schon dadurch unmaßlich gemacht, daß ich am gleichen Tage in Erfurt anlässlich meines deutlichen Parteitag für Thüringen über die Finanzreform zu referieren habe. Im übrigen kann ich mich auf meine oftmals beantragte Stellungnahme zu jeder neuen Belastung der Tabakindustrie beziehen. Ich werde also auch die neue Vorlage ablehnen und Ihre Durchsetzung nach Möglichkeit zu hindern suchen. Ich erwarte Sie, dies der genannten Versammlung mitzuteilen.

Achtungsvoll
F. Raab.

Der Abgeordnete für Arnswalde-Griedeberg gegen die Tabaksteuer. Aus Driesen wird uns geschrieben:

Als Antwort auf unsere ihm zugesandte Resolution vom 18. November d. J. hat uns der Herr Reichstagsabgeordnete Arnswalde-Griedeberg folgendes Schreiben geschickt:

Ich bestätige Ihnen den Empfang der in Ihrer Mitgliederversammlung vom 18. November d. J. gefassten Resolution betriebl. Angelegenheiten zur Besteuerung des Tabaks, der dem Reichstag zugegangen ist. Ohne mich im einzelnen festsetzen zu wollen, kann ich Ihnen die Berücksichtigung geben, daß ich der Gesetzesvorlage der Tabaksteuer in ihrer jetzigen Form nicht zustimmen werde. Ich würde einer Tabaksteuerung nur meine Zustimmung geben können, wenn die billigeren Zigaretten freizubleben würden. Das ist aber in der Vorlage nicht der Fall. Die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt würde die kleinen Fabrikanten, die keinen Händler und die Tabakarbeiter schwer schädigen. Solchen Vorseßmaßnahmen gebe ich meine Zustimmung nicht.

Hochachtungsvoll

Witelm Bruhn, M. d. R.

Helfer Eydows. In der Handelskammer zu Döbeln wurde über die „Reichsfinanzreform“ geredet. Syndikus Graf Brockdorf empfahl die Annahme einer höheren Steuer auf Zigarrenfabrikate bzw. erhöhte Besteuerung der Zigaretten. Bei dieser Vervordung ergriff auch Statthalter Heiners-Kathor das Wort, um sich namens der Tabakindustrie für die Annahme der erhöhten Tabaksteuer auszusprechen, nur war ihm, wie den Interessenten in den Kreisen der Tabakfabrikanten und des Tabakvereins nicht klar, in welcher Form die Besteuerung stattfinden soll. Er gibt einen ziffermäßigen Nachweis der Mehrkosten für die Zigaretten von der 50 Pf.-Importe bis zur Zigarette des Vergarbiters nach der Mehrbesteuerung. Herr Heiners-Kathor bestätigte demnach, daß Zigarrenindustrielle der Tabakindustrie in den Rücken fallen, wie wir in unserem heutigen Beilagenartikel betauptet haben.

Es wird uns aus Geldern geschrieben:

Auf die von uns eingekündigte Protestresolution ging vom Reichstagsabgeordneten Dr. Marcou, Zentrum, folgendes Schreiben bei unserm 1. Bevollmächtigten ein:

Berlin NW, den 1. Dezember 1908.

Reichstag.

Gw. Wohlgeborn

bestätigt ich den Empfang Ihres Schreibens nebst Resolution gegen die Tabaksteuervorlage mit dem ergebensten Bemerken, daß ich gern im Sinne derselben wirken werde. Meine Stellung gegen eine die einheimische Tabakindustrie, insbesondere auch die des Niedersächsischen geänderten Steuervorlage habe ich wiederholt in Versammlungen dargelegt. Dementsprechend bin ich auch gegen die jetzige Vorlage.

Hochachtungsvoll

Dr. Marcou, M. d. R.

Konservative und Tabaksteuer.

Die konservative Kreuzzeitung hat wiederholt scharfe Artikel gegen jede Mehrbelastung des Tabaks gebracht. Am 30. September 1898 schrieb sie: „Man kann nur mit Schreden an die verheerenden Wirkungen der durch die Fabriksteuer bedingten Arbeitslosigkeit denken.“

Zu der beantragten Zollerhöhung von 85 Mark auf 125 Mark pro Doppelzentner erklärte am 10. Januar 1906 der konservative Abgeordnete Knitz: „Meine politischen Freunde haben mannigfache Bedenken gegen dieselbe. Es läßt sich wohl nicht ableugnen, daß eine zu große Erhöhung des Zolles leicht die Tabakfabrikation und die Zigarrenfabrikation aus den bisherigen Stellen verdrängen könnte, und das wäre im Interesse der Arbeiterbevölkerung, die in der Tabakindustrie beschäftigt ist, im höchsten Grade zu bedauern. Das müßte vermieden werden.“

Graf Knitz erklärte am 11. Januar 1906: daß er das Tabakmonopol noch immer für die glücklichste Lösung der Tabaksteuerfrage halte. „Wir gehen“, sagte er, „sehr ungern an diese Tabaksteuerreform heran wegen der Arbeiter, die durch ihren Erwerb finden und welche schweren Schädigungen entgegengehen.“

v. Sarbott am 10. Januar 1906. ...

Die Nationalliberalen und die Tabakzollerhöhung.

Die Meldung, daß sich die nationalliberale Fraktion für eine Tabakzollerhöhung entschieden habe...

Als „langjähriger Formann“ schilderte am 12. Januar 1906 der Abgeordnete Völkner die schlimmen Wirkungen der Zollerhöhung...

Wie angelehnt dieser konsequente Stellungnahme gegen jede Zollerhöhung im Jahre 1906 sich jetzt — nach zwei Jahren — die Nationalliberalen für eine Zollerhöhung erklären...

Rundschau.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat folgende Interpellation eingebracht: ...

zeit bald entledigen, um unermesslichen Störungen des Betriebes entgehen zu sein.

Die Zigarettenarbeiterinnen bezoteten, füllten zu Hause zu Hause, wenn sie zehn Stunden des Tages in der Fabrik arbeiten.

Diese Schaulmeier von Unternehmern veranlassen sie Arbeiterinnen, die die Tragweite des ihnen vorgelegten Schreibens nicht ermessen können...

Die Frage gegen die Ordkrankenkassen, wie sie namentlich von der Arbeitgeberzeitung betrieben worden ist...

Es wird immer von den großen Wirtschaften in den Ordkrankenkassen geplatzt und es sind auch eine Anzahl Einzelfälle an die Öffentlichkeit gebracht...

Wenn man berücksichtigt, daß in der Konferenz keine mit Belegen ausgestatteten Anträge gegen die Ordkrankenkassen vorgelegt werden konnten...

Man also! Das Ding ist zwar reichlich grießgrämlich, zeigt aber, wie die Wahrheit sich Anerkennung erzwingt.

Ministerweidheit und Gewerkschaft. Unter dieser Ueberschrift schreibt das Handlungsgeliffenblatt: ...

Was so nicht willk, was man bis tue ... Der schlagfertige schriftliche Arbeiterrektor Herr August Worms wurde...

von dem Schöffengericht in Bremen wegen Korberbeilegung zu 3 W. Geldstrafe verurteilt. Er war angeklagt, die Ehefrau D. durch Schläge ins Gesicht mißhandelt zu haben.

Protestversammlungen gegen die drohende Mehrbelastung des Cabaks.

Sind der Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands von den nachfolgenden Orten des Deutschen Reiches bekanntgegeben worden:

- 1. Gau: Altona-Dienien, Bülow in Mecklenburg, Bergeborf, Breßlau, ... 2. Gau: Ahm, Bremen, Bremen-Hafen, ... 3. Gau: Bernburg, Braunschweig, ... 4. Gau: Helmershausen, ... 5. Gau: Döbeln, ... 6. Gau: Döbeln, ... 7. Gau: Altona, ... 8. Gau: Altona, ... 9. Gau: Altona, ... 10. Gau: Altona, ... 11. Gau: Altona, ... 12. Gau: Altona, ... 13. Gau: Altona, ... 14. Gau: Altona, ... 15. Gau: Altona, ...

Berichte.

Ettendorf. Am 17. November referierte hier Kollege Deichmann Bremen vor einer Protestversammlung über die Besteuerung der Tabakarbeiter. ...

Befähigung zu protestieren, und das es Aufgabe der Tabakarbeiter sein müsse, sich zu organisieren, sodass Rehner je mit Bewußt begleitenden Ausführenden. Der Kollege Feinung, Straßburg ergänzte die Ausführungen des Referenten und erläuterte in verständlicher Weise die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation. Jeder Tabakarbeiter habe die Pflicht, sich seiner Organisation anzuschließen. Eine Protestaktion, die dem Reichstagsabgeordneten Behrens nach übermitteln werden soll, fand einstimmige Annahme.

Kottbus. In der am 6. Dezember abgehaltenen Mitglieder-versammlung erläuterte die Kommission Bericht über den Stand des Streiks bei den Firmen Busch, Stop, Zemann, Segal und Gehr. Die Lage der Vorhänge gab zunächst bekannt, daß ein Flugblatt in 500 Exemplaren an die arbeitende Bevölkerung von Kottbus im Umkreis verteilt worden ist, in dem die Einfache die Gründe, die die Handlungsweise der Unternehmer gefährdet wird und die Arbeiter aufgefordert werden, Solidarität zu üben und die Fabrikate dieser Firmen so lange zurückzuführen, bis auch diese Firmen sich bereit erklären, denselben Lohn zu zahlen, welchen die übrigen Firmen am Orte bereits seit Monaten ihren Arbeitern gewährt. Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß auf Wunsch der Streikenden ein Schreiben an die Fabrikanten gerichtet worden ist, in dem um Verhandlungen zwecks Beilegung des Streiks ersucht wurde, da die Streikenden gewillt seien, unter annehmbaren Bedingungen die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die Streikenden glaubten damit die Hand zum Frieden gereicht zu haben. Doch sie haben sich getäußt, denn das Schreiben ist gar nicht beantwortet worden. Die Unternehmer haben damit gesehzt, daß sie die Streikenden gar nicht wollen. Der Kollege Böhme ist nach Berlin, welcher in dieser Versammlung anwesend war, bezeugte die Friesenstiege dieser Herren von einer andern Seite, da ja selbst die Nähe des Friesenstieges diese Herren von ihrem Wohlstand nicht zu befreien vermochte. Es scheint, als wenn der Arbeitgeberverband der Vauitz keine erteilte Maßnahme in rüchlichste Weise durchführen will. Wenn diese Herren aber geklagt haben, durch die Nichtverantwortung des Schreibens die Streikenden wankelmütig zu machen, so haben sie sich geirrt, denn folgende Resolution wurde von den Streikenden einstimmig angenommen: „Die am 6. d. M. im Restaurant R. Reil veranstalteten streikenden Tabakarbeiter und Arbeiterinnen von Kottbus erklären hiermit, daß sie trotz der Nichtverantwortung des Schreibens an die Fabrikanten zwecks Beilegung des Streiks, an ihren gerechten Forderungen festhalten und lieber Kottbus verlassen, als sie einen unehrlichen Frieden schließen.“ Durch die Annahme dieser Resolution haben die Streikenden bewiesen, daß sie gewillt sind, den Streit fortzuführen. Es ist eine erlauchteste Aufgabe, das in diesen 6 Wochen, in denen sich die Tabakarbeiter dieser obgenannten Firmen im Streik befinden, noch keiner der Streikenden wankelmütig geworden ist. Freie haben sich aber eine Anzahl unglücklicher Menschen und Frauen gefunden, welche die Nähe der Streikenden begehren haben. Da diese unglücklichen Arbeiterinnen aber unmöglich die Streikenden verlassen können, so werden sie, wenn sie außerhalb der Fabrikanne hinstehen, nicht werden. Wären deshalb die Kollegen hierher kommen, um diese Frauen zu unterstützen.

Hamburg. Am 2. Dezember tagte hier in Orientalischen Saal eine öffentliche Protestversammlung mit der Tagesordnung: „Die Tabakarbeiter und ihre Wirkung auf die Arbeiter dieser Industrie“, welche Kollege J. Dreier eröffnete. Arbeiterleitungspräsident Helene Grönberg aus Nürnberg hielt hierzu das Referat. Eingehend schilderte Referent die schädlichen Wirkungen der gestellten Steuer, durch welche die Arbeiter dieser Industrie schwer getroffen und zum Teil bis zur Arbeitslosigkeit gezwungen sind. Er sprach über die schädlichen Folgen, welche die Verarmung durch die gestellte Tabakarbeitersteuer auf sich gezogen hat. Sie ergibt in dieser Beziehung der Tabakarbeiter einen bedeutenden Schritt zur weiteren Vererbung von Grundbesitz und von Familienmitgliedern der durch diese Steuer brotos gemacht und somit der Not preisgegebenen Arbeiterkraft im Tabakgewerbe. Die Verarmung legt die bestimmte Erwartung, daß besonders die Vertreter der Arbeiterkraft im Reichstag gegen jede Verschärfung der Lebenshaltung der armen und sich schon auf äußerster bedrückter Arbeiterkraft energisch einzusetzen. Um diesem Protest wirksamen Nachhall zu geben, erklärten die Anwesenden, mit allem Nachdruck für weiteren Ausbau der Organisation einzusetzen, in der sie den besten Schutz gegen die Verelendung ihrer Familien sehen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Interessenten. Einmütig waren ebenfalls gegen jede weitere Belastung des Tabaks. Im Schlusswort richtete Hr. Helene Grönberg noch einige ernste Worte an die Anwesenden, insbesondere forderte sie zum Eintritt in die Arbeiterorganisation für unsere Organisation auf. Somit war die Versammlung um 11 Uhr beendet.

Niederbelfen. Für die Orte Orphanau, Niederbelfen und Oberbelfen wurde der Kollege G. Waghner als Delegierter zum Tabakarbeiterkongress nach Berlin gewählt.

Hannover. Am 28. November 08 tagte im Restaurant zur deutlichen Ecke eine gutbesuchte Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, zu welcher Kollege Kolenthal, Berlin, erschienen war, mit folgender Tagesordnung: Punkt 1: Was lehrt uns der letzte Kampf; Punkt 2: Derzeitige Verhandlungsangelegenheiten; Punkt 3: Diskussion. Zu Punkt 1 wurde Kollege Kolenthal das Wort erteilt, er schilderte in ausführlicher Weise die traurigen Verhältnisse der Arbeiter. Der große Bedarf zeigte, mit welchem Interesse die Versammlung diesem wichtigen Vortrag gefolgt war. Zu Punkt 2 wurden verschiedene Verhandlungsangelegenheiten auf das schärfste kritisiert. Besonders wurde beteuert, daß die Verarmung am dritten Punkt der Tagesordnung. Zum Schluss ergreif Kollege Kolenthal nochmals das Wort und schilderte, welche Gefahren uns drohen durch die neue Belastung des Tabaks und forderte die Verarmung auf, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sich dagegen zu sträuben. Es wurde beschlossen, eine Protestversammlung einzuberufen.

Hannover. Am 29. November fand im Saale des Hotels Lindenhof eine öffentliche Protestversammlung der Tabakarbeiter und Interessenten statt, in welcher der Gauleiter Hr. W. Kottbus die Tagesordnung übernommen hatte. Zu dieser Versammlung wurde der Reichstagsabgeordnete Herr Senator Sievers aus Bielefeld a. L. Luhe eingeladen. Herr Senator Sievers entfaltete seine Mitteilungen in folgendem Briefe: Berlin, 28. November 1908,

Geehrter Herr Lübbert!

Auf Ihr Schreiben vom 17. d. M. teile ich Ihnen höflich mit, daß es mir vorläufig nicht möglich sein wird, Ihre Versammlung am nächsten Sonntag zu besuchen, da ich in dieser Zeit zu sehr durch Arbeiten in Anspruch genommen bin. Es würde mein Besuch Ihrer Versammlung ja nur dann Wert haben, wenn ich Ihnen bestimmte Zusagen machen könnte, da ich über die Lage der Zigarrenindustrie eingehend der geplanten Steuer durch mehrfachen Besuch von Versammlungen sowie durch den Arbeitgeber als der Teilnehmer in der Zigarrenfabrikation unterrichtet bin. Nach meiner Ansicht muß es hauptsächlich darauf ankommen, die von der Regierung vorgeschlagene Wankelsteuer zu verhindern. Ich halte die

Virt der Besteuerung für eine erhebliche Schädigung der Gesamtarbeit in der Zigarrenfabrikation, für eine Erschöpfung des Verkaufs und für eine arge Steuerbelastung, welche schließlich darin führen würde, die Zigarrenanfertigung in weniger große Fabriken zu bringen und die kleinen Betriebe zu zerstören. Meine Partei ist entschieden gegen eine Wankelsteuer; auch von Seiten anderer Parteien hat man sich dagegen ausgesprochen, doch scheinen die konservativen Parteien nicht dagegen zu sein, und da kommt es darauf an, was in der Kommission darüber beschlossen wird. Daß der Tabak ganz frei von Steuern bleiben wird, halte ich für völlig ausgeschlossen, aber ich hoffe, daß man sich wohl auf eine Wankelsteuer einigen wird, und eine solche würde auch ohne erhebliche Schädigung der Produktion getragen werden können, wenn auch der Verbrauch in dem Maße ein wenig kleiner unangenehmlichkeiten mit sich bringen würde.

Die Agitation gegen die Wankelsteuer ist eine außerordentlich große und der Reichstag wird sich dieser Agitation nicht verschließen können, so es sich um eine so große und wichtige Industrie handelt. Ich bitte Sie, diesen meinen Brief zur Kenntnis der Versammlung zu bringen, und entschuldigt zu sein, daß ich nicht persönlich zu Ihnen komme, aber ich bin zu sehr in Anspruch genommen.

Virt der Besteuerung für eine erhebliche Schädigung der Gesamtarbeit in der Zigarrenfabrikation, für eine Erschöpfung des Verkaufs und für eine arge Steuerbelastung, welche schließlich darin führen würde, die Zigarrenanfertigung in weniger große Fabriken zu bringen und die kleinen Betriebe zu zerstören. Meine Partei ist entschieden gegen eine Wankelsteuer; auch von Seiten anderer Parteien hat man sich dagegen ausgesprochen, doch scheinen die konservativen Parteien nicht dagegen zu sein, und da kommt es darauf an, was in der Kommission darüber beschlossen wird. Daß der Tabak ganz frei von Steuern bleiben wird, halte ich für völlig ausgeschlossen, aber ich hoffe, daß man sich wohl auf eine Wankelsteuer einigen wird, und eine solche würde auch ohne erhebliche Schädigung der Produktion getragen werden können, wenn auch der Verbrauch in dem Maße ein wenig kleiner unangenehmlichkeiten mit sich bringen würde.

Die Agitation gegen die Wankelsteuer ist eine außerordentlich große und der Reichstag wird sich dieser Agitation nicht verschließen können, so es sich um eine so große und wichtige Industrie handelt. Ich bitte Sie, diesen meinen Brief zur Kenntnis der Versammlung zu bringen, und entschuldigt zu sein, daß ich nicht persönlich zu Ihnen komme, aber ich bin zu sehr in Anspruch genommen.

Neumünster. Am Sonntag, den 8. Dezember, tagte eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, welche sich eingehend mit dem Stand des schon 32 Wochen dauernden Streiks beschäftigte. In dieser Versammlung nahm der Gauleiter Kollege Adelberg-Samborg teil. Nach längerer eingehender Diskussion erklärten sich zwei jedoch die Resolution, welche zu den neuen Bedingungen arbeiten, bereit, den beiden vertretenen Platz zu machen. Durch dieses solidarische Handeln war die Möglichkeit gegeben, daß die letzten Streikenden untergebracht werden könnten. Die Versammlung beschloß daher einstimmig, den Streit aufzugeben. Die Fabrikanten, welche das Gewerbeamt als Einigungsamt abgelehnt haben, sind durch das solidarische Handeln der beiden Kollegen bitter enttäuscht worden. Dieselben haben angenommen, daß die Arbeiter jetzt zu Kreuze kriechen müßten. In der Versammlung wurde mit Recht betont, daß in der letzten Form der Resolution weiter geführt werden muß. Die Behauptung der Fabrikanten, daß ihnen an der Produktion wenig gelegen ist, wurde am deutlichsten durch den Fabrikanten Bander bewiesen, welcher auf das eifrigste bemüht ist, Arbeitswillige zu erhalten. Es ist ihm auch gelungen, zwei Personen zu bekommen. Mit diesen Wünschen wir ihm viel Glück. Sache der Kollegen der übrigen Häufchen ist es, den Zugang nach Neumünster fernzuhalten. Die Kollegen von Neumünster sind der festen Überzeugung, daß es ihnen gelingen wird, die Forderung auch bei den Fabrikanten, welche noch nicht bewilligt haben, durchzubringen. Anfragen sind wegen Arbeitsgelegenheit an den Kollegen R. J. u. S. Christmann, 68, zu richten. Kollegen, unterhüt uns, indem ihr den Zugang nach wie vor fernhalten, dann werden auch die übrigen Fabrikanten bewilligen müssen. Hoch die Solidarität!

Die Agitation gegen die Wankelsteuer ist eine außerordentlich große und der Reichstag wird sich dieser Agitation nicht verschließen können, so es sich um eine so große und wichtige Industrie handelt. Ich bitte Sie, diesen meinen Brief zur Kenntnis der Versammlung zu bringen, und entschuldigt zu sein, daß ich nicht persönlich zu Ihnen komme, aber ich bin zu sehr in Anspruch genommen.

Neumünster. Am Sonntag, den 8. Dezember, tagte eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, welche sich eingehend mit dem Stand des schon 32 Wochen dauernden Streiks beschäftigte. In dieser Versammlung nahm der Gauleiter Kollege Adelberg-Samborg teil. Nach längerer eingehender Diskussion erklärten sich zwei jedoch die Resolution, welche zu den neuen Bedingungen arbeiten, bereit, den beiden vertretenen Platz zu machen. Durch dieses solidarische Handeln war die Möglichkeit gegeben, daß die letzten Streikenden untergebracht werden könnten. Die Versammlung beschloß daher einstimmig, den Streit aufzugeben. Die Fabrikanten, welche das Gewerbeamt als Einigungsamt abgelehnt haben, sind durch das solidarische Handeln der beiden Kollegen bitter enttäuscht worden. Dieselben haben angenommen, daß die Arbeiter jetzt zu Kreuze kriechen müßten. In der Versammlung wurde mit Recht betont, daß in der letzten Form der Resolution weiter geführt werden muß. Die Behauptung der Fabrikanten, daß ihnen an der Produktion wenig gelegen ist, wurde am deutlichsten durch den Fabrikanten Bander bewiesen, welcher auf das eifrigste bemüht ist, Arbeitswillige zu erhalten. Es ist ihm auch gelungen, zwei Personen zu bekommen. Mit diesen Wünschen wir ihm viel Glück. Sache der Kollegen der übrigen Häufchen ist es, den Zugang nach Neumünster fernzuhalten. Die Kollegen von Neumünster sind der festen Überzeugung, daß es ihnen gelingen wird, die Forderung auch bei den Fabrikanten, welche noch nicht bewilligt haben, durchzubringen. Anfragen sind wegen Arbeitsgelegenheit an den Kollegen R. J. u. S. Christmann, 68, zu richten. Kollegen, unterhüt uns, indem ihr den Zugang nach wie vor fernhalten, dann werden auch die übrigen Fabrikanten bewilligen müssen. Hoch die Solidarität!

Neumünster. Am Sonntag, den 8. Dezember, tagte eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, welche sich eingehend mit dem Stand des schon 32 Wochen dauernden Streiks beschäftigte. In dieser Versammlung nahm der Gauleiter Kollege Adelberg-Samborg teil. Nach längerer eingehender Diskussion erklärten sich zwei jedoch die Resolution, welche zu den neuen Bedingungen arbeiten, bereit, den beiden vertretenen Platz zu machen. Durch dieses solidarische Handeln war die Möglichkeit gegeben, daß die letzten Streikenden untergebracht werden könnten. Die Versammlung beschloß daher einstimmig, den Streit aufzugeben. Die Fabrikanten, welche das Gewerbeamt als Einigungsamt abgelehnt haben, sind durch das solidarische Handeln der beiden Kollegen bitter enttäuscht worden. Dieselben haben angenommen, daß die Arbeiter jetzt zu Kreuze kriechen müßten. In der Versammlung wurde mit Recht betont, daß in der letzten Form der Resolution weiter geführt werden muß. Die Behauptung der Fabrikanten, daß ihnen an der Produktion wenig gelegen ist, wurde am deutlichsten durch den Fabrikanten Bander bewiesen, welcher auf das eifrigste bemüht ist, Arbeitswillige zu erhalten. Es ist ihm auch gelungen, zwei Personen zu bekommen. Mit diesen Wünschen wir ihm viel Glück. Sache der Kollegen der übrigen Häufchen ist es, den Zugang nach Neumünster fernzuhalten. Die Kollegen von Neumünster sind der festen Überzeugung, daß es ihnen gelingen wird, die Forderung auch bei den Fabrikanten, welche noch nicht bewilligt haben, durchzubringen. Anfragen sind wegen Arbeitsgelegenheit an den Kollegen R. J. u. S. Christmann, 68, zu richten. Kollegen, unterhüt uns, indem ihr den Zugang nach wie vor fernhalten, dann werden auch die übrigen Fabrikanten bewilligen müssen. Hoch die Solidarität!

Uereinstell.
Deutscher Cabakarbeiter-Verband.
Carl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II, (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telephon Nr. 6046.
Bureaustunde von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Cabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Weid-, Einfache- u. Wankelsteuer nach an Hieber-Wellaand, Bremen. Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ansuchen bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilken, Altona-Gtensen, Schel-Wieseustraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet wurde:
Das Mitgliederbuch, S. I, 9291, lautend auf Louis Brandes aus Preßen, geb. 16. 2. 43, eingetr. am 20. 2. 98 in Kl. III.
Nach den Angaben D. soll ihm das Buch in Gera in der Gewerkschaftsbergsche Abhandlung gekommen sein. Derselbe hat in diesem Jahre schon zwei Wanderkarten verloren, es darf daher sein Buch noch nicht eine Legitimation spezialisiert werden. D. ist bei der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen und darf auch keinerlei Unterstützung verfordern.

Von H. O. K. e. s. e. i. m. das Mitgliederbuch, S. I, 63029, lautend auf Carl Kühner aus Dömlingen, eingetr. am 7. 5. 06.
Von Braun schweig die Mitgliederkarte, lautend auf Johann Engels aus Braunschweig, eingetr. am 22. 8. 08. Die Karte enthält 10 Schillingen der Kl. I.

Von H. O. K. e. s. e. i. m. das Mitgliederbuch, S. I, 89 658, lautend auf Christlan Handberg aus Grönitz (Polen), geb. 17. 2. 54, eingetr. am 11. 5. 07. Derselbe ist ausgeschlossen.
Von Hildesheim die Mitgliederkarte, lautend auf Otto Säuling aus Hannover, eingetr. am 10. 8. 08. Die Karte enthält 12 Beiträge der Kl. III, a 45 Pfg.

Von Vorpommern die Mitgliederkarte, lautend auf Otto Säuling aus Hannover, eingetr. am 10. 8. 08. Die Karte enthält 12 Beiträge der Kl. III, a 45 Pfg.

Um Ansehe der Adresse wird ersucht:
Otto Zuch aus Orlau, geb. 15. 5. 71, eingetr. am 20. 10. 06, S. I, 44528. Derselbe ist von Orlau ohne Anmeldung abgehirt unter Hinterlassung seines Mitgliederbuches. Taggen hat er eine Sammelkarte zur Befähigung der Tabakarbeiter, Nr. 1068, mitgenommen. Auf dieser Karte sind 12 M. angegeben. Es werden alle Kollegen ersucht, falls die Karte zum Vorhanden kommt, sie zu konstatieren und an den Vorstand zu senden, ebenfalls auch die Adresse. Wenn sie S. bis zum 14. 12. 08 nicht gemeldet hat, dann wird der Vorstand ohne weitere Entschließen. (S. 1267)

Das y 15b wurde gestrichen:
Paul Pacht aus Nordhamm, eingetr. am 6. 7. 01, S. I, 15576, jetzt in Frankfurt a. O.

Die Gauleiter und Bevollmächtigten werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß, um den Jahresbericht zeitig fertig zu stellen, es unbedingt erforderlich ist, die Abrechnungen für das 4. Quartal 1908 gleich nach Wegzug des neuen Jahres auszufüllen und an uns einzuliefern.

Zusätzliche ist darauf zu achten, daß im 4. Quartal sämtliche Unterstellungen bis zum 31. Dezember 1908 zu versenden sind. Es sollen keine Unterstellungen des Jahres 1908 auf das 1. Quartal übertragen werden. Es müssen die bei Fortfall der Übertragung schon abgegebenen Unterlagen (für 1909 im 1. Quartal) eingeleitet werden. Bei Auszahlung von Unterstellungen ist ferner darauf zu achten, daß das Rollenblatt nicht mehr in Betracht kommt, sondern nur das Unterstellungsbüchlein.

Dringend ersucht ist es, sämtliche überflüssigen Gelder schon vor dem 31. Dezember einzuliefern.

Vom Vorstande sind ernannt:
Für Blankenese-Döhlenhuden in Schleswig-Holstein: Helm. Vieb als 1. Bes., Karl Jörder als 2. Bes., Rob. Wehner als 3. Bes.; Karl Kolmorgen, Konrad Hirsch, Chr. Traulsen als Kontrolleure.

Vom 1. bis 7. Dezember 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandbeiträge:

Datum	Name	Betrag
30. November	Reutgenhof	50.-
30. November	Schwebel a. D.	250.-
1. Dezember	Barenhof	75.-
1. Dezember	Herringshausen	75.-
1. Dezember	1. Gröbenmühlen	40.-
1. Dezember	1. Hüttenweg	40.-
2. Dezember	Püntertorg, S. Wald	15.-
2. Dezember	Erbtoben	40.-
2. Dezember	Jostenheim	700.-
2. Dezember	Dresden	1250.-
3. Dezember	vielen	
	durch J. Schnell	116.29
3. Dezember	Größel-Heiden	
	durch J. Schnell	32.55

B. Freiwillige Beiträge:

3. Dezember	Dresden, Fr. Schmidt	50.-
3. Dezember	München, J. Oberst, für Zentralkommission Berlin	28.00

C. Für Anzeigen:

5. Dezember. Bornhof, F. Kattmann, Nr. 59 . . . 1.25
Berichtigung: In Nr. 49 des Tabakarbeiter muß es heißen: Gehalt 100. — Nr. Verbandbeiträge und 4.80 M. für Anzeigen in Nr. 45.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Gründe die Herren Abnehmer, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Bremen, den 7. Dezember 1908.

Adressen-Veränderungen:
Nachstehende Veränderungen wollen die Mitglieder immer fortlaufend in ihrem Adressenverzeichnis vornehmen, damit sie stets ein richtiges Adressenverzeichnis haben.
Für Blankenese-Döhlenhuden in Schleswig-Holstein: Alle Zuschriften sind an Helmut Vieb in Döhlenhuden bei Blankenese, Gärtnerstraße (Sig. Fabrik Joh. Hertmann) zu richten.
Für Hannover: Der 1. Bes. Adolf Greife wohnt in Linsen, Heberfeldstraße 15, Eingangs Altonastraße. Alle Zuschriften sind an diesen zu richten.
Für Bielefeld in Ostfalen: Der 2. Bes. Franz Dartsch wohnt in Altonastraße 12.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:
In Hannover: Durch Helmut Vieb, Lange Straße 2.
Für Bielefeld an jeder Tageszeit. Für Orlau/Siehe jedoch nur des Sonntags von 8 bis 10 Uhr abends.

Krankennunterstützung wird ausgezahlt:
In Hannover: Durch Helmut Vieb, Lange Straße 2.
Für Sonntags von 8 bis 10 Uhr abends.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Euer Versammlungen zahlreich!)
In Bahms: Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant Kattmann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um glückliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Gera: Sonnabend, den 12. Dezember, in der Abendburg Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Hildesheim: Montag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Ergebnis der Lohnbewegung. 2. Kassierer: Hansleiter Wenzel. 3. Rechnungsbericht und Wahl der Delegierten. 4. Verechiedenes. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**

Hannoverberg. dieselben in der mangelhaftesten Zentralbergs, Stadt Zwitau, saubere und gute Unterfertigung. **J. A.: Die Ortsverwaltung.**

Notbus. Das Verzeichnis befindet sich jetzt in der Gewerkschaftsbergsche Büchlein (Sandow). **J. A.: Der Bevollmächtigte.**

Hannoverberg. Mitglieder, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich vorher in ihrem eigenen Interesse an den Bevollmächtigten wenden. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.
Geschäftsbüro: Hamburg-Altenbergh, Mozartstraße 5, I. Auskunft: O. Sidow, Frankenburg a. S., Steinstraße 32. Schiedsgericht: A. Dehamb, Berlin N., Aufspassstraße 24.
Eingegangen: Rellingen 100.—, Groß-Neuborn 50.—, M. Sterbekasse: Herden 250.— M.
Zufüsse: Wundenheim 100.—, Mühlheim 50.—, Halbpreßler 100.—, Nordhausen 100.— M.
Krankenzelle: 10.— M.
Hamburg, den 7. Dezember 1908. **H. Otto.**
Für Beachtung dieses Jahr 1908 ist in **Einnahme und Ausgabe** mit dem 26. Dezember ab.

Heinrich Franck Berlin N. 54

≡ Brunnenstr. 185. ≡

Telephon Amt III, 4352. ————— Geschäftszeit: Vormittags 8 Uhr bis abends 7 Uhr, Sonntags 8 bis 10 Uhr vormittags. ————— Gegründet 1878.

Grosses Angebot in Sumatra- Umblatt!

Nur tadellos brennende
Qualitäts-Tabake
zu meinen sämtlichen
Deck-Tabaken vorzüglich
passend!

- Verzollt
- Nr. 1460. 4. Länge, sehr leicht u. sehr blattig **1.30** Mk.
 - Nr. 1438. 4. Länge, sehr fest u. sehr blattig **1.40** Mk.
 - Nr. 1461. 3. Länge, sehr breites Blatt, riesig ergiebig, mittel im Geschmack. **1.50** Mk.
 - Nr. 1462. 4. Länge, Sandblatt, sehr zart, hochf. Geschmack für feinst. Fabrikat bestimmt. **1.50** Mk.
 - Nr. 1439. 4. Länge, sehr zart und ganz hell, sehr sehr leicht, wundv. Geschmack **1.60** Mk.
 - Nr. 1372. Grosse 3. und 4. Länge, meist Deckblatt; Qualitätsumblatt, für feines Fabrikat. **1.80** Mk.

Selten leicht
auf der Hand, zartblattig und doch fest, infolgedessen
ideal vorteilhaftes Umblatt-Material
Die vierten Längen sind sämtlich mit Rippe zu verarbeiten, daher **besonders ergiebig!**

➔ Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Proben! ➔

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Als Ersatz für den sehr hoch im Preise stehenden Straff empfiehlt:
10000 Pfund Java, Umblatt und Einlage, großblattig und flott am Blatt brennend, feine Qualität, 85 Pfg. Ferner offeriere **12000 Pfund Carmen**, schlicht 80 Pfg., prima 85 Pfg., doppelt prima 90 Pfg.; **Sumatra-Decker**, weisse Halbblatt-Länge, ganz hell und reinarbig, best mit 1 1/2 Pfund, tadellos weich brennend, 330 Pfg.; erste Vollblatt-Länge, wunderbar schön und Brand, 400-500 Pfg. Ferner empfehle **Sumatra-Decker** von 140-400 Pfg. in allen Farben. **Sumatra-Umblatt und Einlage** (Sandblatt) 110 Pfg. **Vorstanland-Decker**, aufbraun 170 Pfg., hellfarbig 220, 250-300 Pfg. **Java-Decker** 220-300 Pfg., **Umblatt** 100, 110, 120, 130 Pfg., **Umblatt** und **Einlage**, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, 95 und 100 Pfg. **Mexiko-Decker**, graubraun 300 Pfg., dunkel 220 Pfg., **Umblatt** 150 Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker**, garantiert schönweißer Brand und größte Deckkraft, 170 und 180 Pfg., **Umblatt** 120 Pfg. **Havana**, erste Qualität, 300 Pfg. **Yara-Cuba** 160, 220 Pfg. **Domingo** 85, 90, 100 Pfg. **Fortorico** 90 Pfg. **Logut** aus nur überfeinsten Originaltabaken, meist Umblatt enthaltend, 85 Pfg.

Wickelformen { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — Schiffschen. }
Abdrücke versende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde imf. Holzguss und Breßreit, für 10-12 Formen, pro Stück 650 Mk.
Gummi-Tragant, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg.
Zigarrenband, feinste, gelbe Halbweide, 8 Lin., pro 50 Mtr.-Stolle 160 Pfg.
Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

Heinrich Borrmann, Bremen

Billigste Preise! Rohtabak Reichhaltiges Lager

Ich habe mich entschlossen, neben meinem Sinaro-Gehälft einen **Detail-Versand** einzurichten. Es kommen nur **garantiert ferngefunde Tabake** aus **originalen** Wälsen zum Versand. Sorgfältige Verpackung und gewissenhafte Erledigung auch des kleinsten Auftrags.
Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt gegen Cassa.
Ausgang aus meiner Preisliste!

- Sumatra-Decker** 1. Länge, sehr gutes Stückblatt, Blütenweißer Brand, mittelfarbig, 190 Pfg. Ferner alle Rängen und Farben von 200 1/2 bis 450 1/2
 - Vorstanland-Decker** sehr zu empfehlen, tadellos weißer Brand und vorzüglichster Gef. mach, mit 1 1/2 Pfund decken, per Pfund. 190 1/2
 - Havana-Einlage**, leicht, weiche Qualität, vorzüg. Material 165 1/2
 - Java-Decker**, 2. Länge Vollblatt 200 1/2
 - Java-Umblatt**, floter Brand und vorz. 110-130 1/2
 - Java-Einlage**, fröhliche u. leichte Qualität, sehr ft. 90 1/2
 - Java-Umblatt** und **Einlage** 100 1/2
 - Seedleaf**, für feines Umblatt, sparsam im Gebrauch 110 1/2
- Versand nur gegen Nachnahme. — Kredit nach Ueberkauf.

Heinrich Borrmann, Rohtabak, Bremen.

Geräte für die Fabrikation

- als:
- Wickelformen**, Formenpressen
 - Richtmaschinen**, Scharfmaschinen
 - Arbeitsmesser**, Scharfmaschinen
 - Stichtische**, Scharfmaschinen
 - Handelpressen** etc.
 - Rollbretter**, Ia.-Ware, rotbraun 1.50 A, weißbraun 2 A unverwundlich!
 - Echt amerik. Kopholz-Bretter** mit Stenbohlen — Unverrückt in Halbfahrt! — per Stück 5.50 A, 10 Stück 58 A
 - Arbeitsmesser**, prima Stahl per Stück 25 A, 10 Stück 2 A
 - Hamburg-Arbeitsmesser** zu gleichen Preisen.
 - Trockenöfen** zu 2 Mille 40 A zu 3 Mille 55 A
- P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.
- W. Hermann Müller, Berlin**
Magazinstraße 14.

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Neuestes Rohtabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.
Sumatra- und Java-Decker 200, 225, 250 A, hell 260, 280, 300, 320, 340, 360, 380, 400, 450 A. — **Java** 0.92, 0.95, 0.98, 1.05, 1.10, 1.25, 1.35, 1.40, 1.45 A. — **Domingo** und **Carmen** 0.98, 1.00, 1.05, 1.20, 1.30 A. — **Mexiko** 2.50, 3.50 A. — **Havana** 8.60 A. — **Felix** 1.00, 1.10, 1.15, 1.20, 1.25, 1.30, 1.50 A. **Defa** 1.80 A. — **Logut**, blattig und gesund, 0.80 A. — **Uckermark** 0.75, 0.78, 0.84, 0.88 A. — **Rebuts** 0.86, 0.88 A. (Umblatt). — **Holländer Umblatt** 0.88 A.
Diskont gewährt 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.

! Roh-Tabake !

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei
L. Cohn & Co., Berlin N. 54
Brunnenstrasse 24
Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Pfeifenbranche.
Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.
Jede Fassung stets am Lager.
Sieben erschien unsere neueste Preisliste Nr. 23. Zusendung kostenlos sofort

Carl Roland, Berlin SO.

Rottbuser Straße 4.
Sumatra, Defa, oliblatt, per Pfund 2 Mk., hell 3 Mk. **Java-Sumatra**, Defa, Vollblatt, per Pfund 2.30 Mk. **Java**, Aufarbeiter, sehr leichtblättrig, per Pfund nur 1.05 Mk. — Alle anderen Tabake billigst und reell.

Rohtabak-Lager Wilhelm Puchtler.

Besonders vorzügliches Angebot:
Sumatra, Stückbl., 2.2. h. u. tabell., r. rand, p. Pfg. 1.40, 1.80, 2.75
Vorstanland, Defa, 1. v. olibl., hell u. b. unterschieden, p. Pfg. 2.30
Brasil, Umbl., v. Defa, tadellos in Brand und Qualität, p. Pfg. 1.45
Logut, gesund, ein ameritanisch, per Pfund 85 Pfg.
Versand nur gegen Nachnahme.
Altona, Paulstrasse 14.

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Preisliste! Preise verzollt per Pfund gegen Cassa. Preisliste!
Sumatra-Decker, III" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Defa . . . 170 Pfg.
do. II" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Defa . . . 180 Pfg.
do. II" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Defa . . . 210 Pfg.
do. III" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, edler Defa . . . 220 Pfg.
do. III" Vollbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Defa . . . 250 Pfg.
do. I" Stückbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Defa . . . 280 Pfg.
do. II" Vollbl.-Länge, hellfarbig, Ia. Ia. Brand, hochfein . . . 320 Pfg.
do. II" Vollbl.-Länge, hellfarbig, Ia. Ia. Brand, hochfein . . . 350 Pfg.
do. II" Vollbl.-Länge, hellfarbig, Ia. Ia. Brand, hochfein 400-700

Sumatra-Umblatt, leicht und hochbel, 115-130 Pfg. **Vorstanland-Decker**, hell, Ia. Ia. Brand, 220 Pfg., Ersatz für hellen Sumatra, Ia. Ia. Brand 250 bis 300 Pfg. **Java-Umblatt**, flott brennend, 120-140 Pfg. **Java-Einlage** mit Umblatt 80-100 Pfg. **Mexiko-Decker**, hochfeinere St. Andres, 4 Pfg. bedent, 450-500 Pfg. **Havana-Decker**, hochfein, 450-600 Pfg. **Havana-Umblatt** u. b. Einlage 250 Pfg. **Seedleaf**, feinstes Umblatt, 90-120 Pfg. **St. Felix-Brasil-Einlage** 100-120 Pfg. **St. Felix-Brasil-Umblatt** 120-140 Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker** 150-200 Pfg. **Domingo** FF 90-100 Pfg., F 85-95 Pfg. **Carmen**, reines Umblatt, 90-100 Pfg. **Logut** nur aus gemäßigten originalen ameritanischen Tabaken 80-90 Pfg.
Preise verzollt per Pfund Cassa.
Bei längerer Geschäftsverbindung oder nach Aufgabe guter Referenzen nach Uebereinstimmung. — Bei größeren Aufträgen (Preise nach Wunsch verzollt oder unverzollt) stehe mit Spezial-Offerten zu Diensten! Zum Versand offeriere einen hohen Domingo F & 35 Pfg., FF & 45 Pfg. per Pfund unverzollt bei Abnahme größerer Posten. Proben nur gegen Nachnahme! Umtausch garantiert.

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Ort in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Braunschweig. Die Firma Küttner hat auf Vorstelligwerden der Kollegen eine Lohnzulage von 50 Pfg. gewährt. Damit ist auch für diese Firma der Minimallohn auf 9 M. normiert. — Die Firma Aug. Brackmann ist ebenfalls den Wünschen der Arbeiter nachgekommen, so daß auch hier der Minimallohn, 9 M., besteht.

Wolfsenbüttel. Der Firma S. Metje haben die Arbeiter auch Wünsche auf eine Lohnverhöhung unterbreitet. Durch Verhandlung mit dem Gauleiter ist eine Zulage erfolgt und gleichfalls der Minimallohn erreicht. — **Eilenburg.** Bei der Firma C. H. Hartmann sind die Differenzen erledigt. Es sind auf Vorstelligwerden des Gauleiters Lohnzulagen von 50 Pfg. und 1 M. pro Woche ausgefallen.

Barntrop, Hagen und Sonneborn (Rippe). Der Streit bei der Firma Steneberg ist wegen der vielen Streikbrecher beendet worden. Durch Vermittlung des Bürgermeisters, der die Führung des Kampfes als sachlich und anerkanntenswert hinstellte, hat die Firma anerkannt, die früher gewährten Lohnzulagen und Verbesserungen auch künftig aufrechterhalten und den Arbeitern wegen Zugehörigkeit zur Organisation keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen. Der Ausgang des Kampfes hätte ein besserer sein müssen, wenn nicht die Arbeitswilligen ihre eignen Interessen mit Füßen getreten hätten. Dafür werden sie gelegentlich einmal einen alten Hut bekommen. Die Arbeiter aber mögen auch hieraus ihre Lehre ziehen.

Kottbus. Bei fünf Firmen befinden sich die Kollegen im Streit. Der Zugang ist fernzuhalten. — **Witzenhausen.** Der Streit der Zigarrenarbeiter bei der Firma G. Gledenhufen in Bremen, Ellingerode, Ermschwerdt, Gerzenbach, Hl. Almerode, Oberode und Wizenhausen dauert fort und wird deshalb vor Zugang nach den Wünschen dieser Firma dringend gebarnet. Angebahnte Unterhandlungen blieben erfolglos, da die Firma hartnäckig jedes Zugeständnis ablehnt. Die Arbeiter beharren deshalb geschlossen im Streit, trotz aller Verlockungsversuche zum Streikbruch.

Münden (Hannover). Die Arbeiter der Firma Halle u. Unkenboth reichen eine fünfzigprozentige Lohnforderung ein. Da die Geschäftsleitung es ablehnt, irgendeine Zugeständnisse zu machen, stellen die Arbeiter die Arbeit ein.

Frankfurt a. M. Am 31. Oktober haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma R. Wypstadt u. Co., Zigarettenfabrik, wegen Lohnreduktion die Arbeit niedergelegt.

Neumünster. Der hier seit dem 27. April d. J. geführte Streit konnte als beendet erklärt werden, da die letzten beiden Streitenden anderweitig untergebracht sind. Der geforderte Minimallohn in Höhe von 10,50 M. pro Woche ist von vier Firmen anerkannt worden. In einer Versammlung, welche die Beendigung des Streiks gutheißt, wurde weiter beschlossen, über die Firmen, die den geforderten Minimallohn nicht bewilligten, überhaupt es ablehnten, in Unterhandlungen zu treten, die Sperre zu verhängen. Kollegen, die herabigt diesen Beschluß und meidet Neumünster bis auf weiteres.

Vernburg. Bei der Firma Richter werden noch sehr niedrige Löhne gezahlt. Die Arbeiter nehmen dies zum Anlaß, ein Erhöhung derselben vorstellig zu werden. Eine Unterhandlung mit dem Gauleiter verlief resultatlos und kam es daher zur Arbeitsniederlegung.

Wannsee. Die Firma W. Neumann u. Co. hat am 6. Dezember ihre Arbeiter wegen geringfügiger Differenzen ausgesperrt. Eine Unterhandlung mit dem Gauleiter lehnte die Firma strikte ab. Der Zugang ist fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten nach: Burgsteinfurt, Firma G. Gühre; Draniensbaum; Dessau, Firma Ed. Döring; St. Ingbert; Nürting; Gelsen; Etgerleben, Firma Wiede; Frankfurt a. M., Zigarettenfabrik R. Wypstadt; Karlsruhe, Zigarettenfabrik Rod u. Co.

Rede des Abgeordneten Fr. Geyer zur Finanzreform.

Gelesen am 20. November 1908 im Reichstage.

(Schluß.)

Der Herr Schatzsekretär hat es sich meiner Ansicht nach ziemlich leicht gemacht mit der Begründung der Vorlagen (Stürmische Annahme der Heizerzeit), um die 800 Millionen durch neue Steuern zu erhalten, die hier gefordert werden. Im Eingang der Begründung zum Finanzgesetz sagt er, es habe sich hier der Zustand — nämlich der in Bezug auf die Schuldentilgung während einer beispiellos glänzenden Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft und einer genialen Vermehrung des allgemeinen Wohlstandes herausgebildet. Auf der einen Seite weiß er also auf den Wohlstand hin, auf der andern Seite auf die Reichsverschuldung. Er appelliert darum an den Wohlstand, durch den die Reichsverschuldung abgeklärt werden soll. Es ist sehr bemerkenswert, daß der Herr Schatzsekretär sehr leicht mit seiner Begründung gemacht hat. Aber wenn wir in Betracht ziehen, wie die indirekten Steuern im Volksbewusstsein haben, dann müssen wir sagen: so glänzend sind die Verhältnisse des Volkes nicht, daß man sagen könnte, es müßte leicht gelingen, das Defizit des Reichs zu decken. Die indirekten Steuern — das ist kein so kleines Sozialdemokrat, sondern von einem bürgerlichen Volkswirtschaftler

nachgelesen worden — sind in den letzten 25 Jahren ganz ungeheuerlich in Deutschland gestiegen, mehr gestiegen als in andern Ländern. Gestern hat man uns vorgeführt, wie längs Deutschland gegenüber den andern Ländern besteht. Das stimmt nicht. Die indirekten Steuern sind in Deutschland verhältnismäßig mehr gestiegen als in andern Staaten. Innerhalb der letzten 25 Jahre sind sie von 7,15 M. pro Kopf auf 26,88 M. gestiegen, und hierzu sollen nun 400 Millionen Mark neuer Steuern kommen; denn von den 500 Millionen Mark, die der Herr Staatssekretär fordert, sind 400 Millionen Mark indirekter Steuern. (Hört, hört bei den Sozial.) Diese ungeheuerliche Steigerung der indirekten Steuern trifft die breiten Massen, soll die arbeitenden Massen treffen. Es ist ja von dieser Stelle aus gesagt worden: nur durch die Besteuerung der Massen ist es möglich, für das Reich etwas einbringendes, durch Zugabe zu tun. Das ist vollständig richtig. Einmal hat man freilich gesagt, man wolle die kräftigen Schultern mehr belasten; aber man hat das nicht wahr gemacht, was nur ein schönes Wort (Sehr richtig! bei den Sozial.), eine Phrase, die nicht zur Billigkeit wurde. Nicht die starken, die schwächeren Schultern hat man immer wieder belastet, wenn neue Steuern aufgelegt wurden!

Ich wies vorher darauf hin, wie man die Ausgaben für die Flottenvergrößerung, für den Militarismus durch den Zolltarif zu decken suchte. Die Hunderte von Millionen Mark, die das Reich an neuen Einnahmen aus dem Zolltarif zog, reichten nicht aus, diese Mehrausgaben zu decken. Raum zwei Jahre waren vorüber, da kam die Regierung wieder mit einer Forderung von beinahe einer Viertelmilliarde. Im Jahre 1905 berieten wir in der Steuerkommission über jene Steuerforderung; da wurden wieder über 200 Millionen Mark neuer indirekter Steuern gefordert; alles wurde auf die breiten Massen, auf die Schultern der arbeitenden Klassen gewälzt.

Und heute sehen wir, daß die starken Schultern, die besitzenden Klassen Peter und Morbio freizeiten, wenn sie einen kleinen Teil ihrer Lasten auf sich nehmen sollen. Es war vollständig anzunehmen, wie mein Herr Vorredner sich vorher gegen die Erbschaftsteuer wandte. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Ich werde nachher noch mit einigen Worten darauf zu reden kommen.

Zu den ungeheuren Lasten der indirekten Steuern, die die breiten Massen so schwer bedrücken, geradezu ausbeuten, will man nun noch eine neue Last von 400 Millionen Mark fügen. Da ist es erklärlich, daß die Unzufriedenheit im Volke, die Enttäuschung über eine solche Wirtschaftspolitik und Steuerpolitik immer wächst. Es ist nicht die Sozialdemokratie, es sind Ihre eigenen Forderungen, Ihre Forderungen, Ihre Ausbeutungspläne gegen das Volk, die diese Unzufriedenheit hervorgerufen und gefördert. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Es ist kein Wunder, wenn die sozialdemokratische Partei solche am Volke verübten Grausamkeiten dem Volke haßhaft und sie agitativ ausnützt; wir müssen aber nicht ausblenden, wenn wir eine solche Situation nicht ausbilden und Klärung unter die Massen bringen wollten über das, was an ihnen verübt wird.

Meine Herren, wenn die Reichsfinanzen gestärkt werden sollen, wenn eine Gleichheit in unser Finanzwesen gebracht werden soll, wenn eine neue Welt der Finanzwirtschaft, wie der Herr Reichstagspräsident sagt, herbeigeführt werden soll, dann muß man selbstverständlich die Sache an einem ganz andern Ende ansetzen, als die Regierung es tut. Es heißt geradezu, das Pferd an den Schwanz aufzuknüpfen, wenn man glaubt, durch ein paar Hundert Millionen neuer Steuern auf abgehörten Zeit den Defizit decken zu können. Wie kann man es wagen, das Volk glauben zu machen, daß eine gesunde Finanzverwaltung mit diesen Mittelrechen durchgeführt werden kann? Davon kann keine Rede sein! Dann muß man schon an das System greifen, dann muß man nicht nur an eine Reduzierung, sondern an eine Beseitigung des bestehenden Systems denken. Das bedeutet aber selbstverständlich für Sie eine Aufhebung des ganzen herrschenden Systems, und da Sie daran nicht denken, so ist es mir auch erklärlich, daß die bürgerlichen Klassen und deren Vertreter hier im Reichstage bereit sein werden, wieder neue Mittel zu schaffen, indem sie die Massen für diese Verschuldung auf die breiten Massen wälzen. Ich glaube noch gar nicht, daß es möglich sein wird, wenigstens ein gerechtes Steuersystem herbeizuführen, indem man direkte Steuern an Stelle der indirekten einführt.

Wir verlangen, daß nicht nur die Erbschaftsteuer, die sich unter den heutigen Steuerplänen befindet, auf eine ganz andere Grundlage gestellt wird; wir verlangen auch, daß eine Reichs-einkommen- und eine Vermögenssteuer eingeführt wird. (Aufs rechts: Wie hoch denn?) Wenn Sie sagen, wie es der Herr Vorredner vorhin hier getan hat, daß die bestehenden Klassen diese Lasten nicht tragen könnten, so ist das nicht richtig, es ist nicht wahr. Die besitzenden Klassen können diese Lasten tragen. Wenn Sie den armen Arbeitern zumuten, die Hunderte von Millionen Mark an neuen Steuern auszubringen, dann erinnern ich Sie daran, daß diese Arbeiterklassen erst den Besitz geschaffen haben, der bei Ihnen befreit werden soll! (Sehr richtig! bei den Sozial.) Und wenn der Besitz der bestehenden Klassen bis zu 10 Prozent getroffen wird, dann ist das noch lange keine Last, die die besitzenden Klassen nicht zu tragen vermögen. (Aufs rechts: Nur 10 Prozent? Gehterzeit.)

Bitte sehr, wenn Sie wollen, dann sage ich, auch 20 Prozent bedeuten für Sie noch nicht den Ruin. (Zuruf: Warum nicht 100 Prozent?) Ein Millioneneinkommen kann ganz gut 20 Prozent entbehren, ohne daß der Besitzer dieses Einkommens ein so trautes Leben führen möchte, wie es die Arbeiter führen müssen. 20 Prozent Abzug von einem Millioneneinkommen gestaltet jedem einzelnen der dieses Einkommen besitzt, noch ein luxuriöses, ein Anderleben, möchte ich sagen, zu führen. (Stürmische Geheizerzeit.) Von einer Konfiskation des Vermögens, wie es so oft hier gesagt worden ist, kann dabei noch gar nicht die Rede sein.

Und, meine Herren, wenn Sie behaupten, daß die besitzenden Klassen zu schwer getroffen werden — dieses Vermögen haben Sie doch nicht durch Ihrer eigenen Hände Arbeit erworben, das ist aus der Arbeitskraft der Arbeiter herausgeschunden worden (Sehr richtig! bei den Sozial.) durch die Profite, die sie durch geringe Arbeitslöhne aus den Arbeitern herausgeschlagen haben. Sie zahlen nicht aus ihrer eignen Tasche die Steuern für die Einkommen, die sie gemacht haben; das müssen die Arbeiter ebenfalls wieder aufbringen. Trotzdem aber wäre doch eine direkte Steuer eine gerechtere Verteilung der Lasten. Das möchte ich Ihnen doch zu bedenken geben. Sie die arbeitenden Klassen wieder belasten, sollten Sie — und daran haben Sie auch einzelne Ihrer Klassen-genossen erinnert — Robesse üben und einmal selber beitragen sollen, die Finanzwirtschaft des Reichs zu bessern, indem Sie in Ihre eignen Taschen greifen. Wie ist gegen die Erbschaftsteuer getrieben worden? Ihr Klassen-genosse Prof. Wolf Wagner hat Ihnen ein Beweisspiel gegeben, er hat die besitzenden Klassen zur Scham gezwungen, als die bürgerliche Presse gegen die Erbschaftsteuer angekämpft hat. Noblesse oblige sagte er, man muß daran denken, auch nach außen hin den Schrein der Verschuldung zu mahnen, und muß dafür durch direkte Steuern auf sich nehmen. Er hat den Konterbatten geraten, die Erbschaftsteuer ausbauen zu helfen. Da kam er schon an bei seinen

Bestimmungs-Genossen! Die ganze konterbative Presse schlägt ja gegen die Erbschaftsteuer Sturm. Mit den lächerlichsten Argumenten wird dagegen angekämpft. Wir haben in den letzten Provinzialblättern, die sich aus den großen Zentralblättern der Konterbativen nützen, lesen müssen, die Erbschaftsteuer sei eine unmoralische Steuer, sie sei die vollständigste Steuer, die verwerflichste Steuer, die es geben könnte; es sei doch schändlich und unmoralisch, wenn, bevor noch der Kote hinausgetragen sei, nämlich dem Totengräber und dem Kaiser der Steuereinzahler erschiene, ein festzustellen, was aus der Erbschaft an Steuern herausgeholt werden könne. Daß diese Blätter sich mit solchen Ausfährungen lächerlich gemacht haben, ist erklärlich. Jeder weiß, daß die Erbschaftsteuer die am wenigsten drückende von allen direkten Steuern ist, und daß sie viel mehr einbringen könnte, als sie jetzt einbringt, und als der Herr Schatzsekretär aus ihr herausgeschlagen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Als wir im Jahre 1905 in der Reichstagskommission über die Steuerpläne der Regierung zu beraten hatten, und als da die Erbschaftsteuer in Vorschlag kam, waren es die Vertreter meiner Fraktion, die, um das Unheil neuer großer Steuerbelastungen von den arbeitenden Klassen abzuwenden, bezüglich der Erbschaftsteuer eine gesetzliche Grundlage ausgearbeitet hatten, die freilich von den Herren nicht abgelehnt wurde.

Nach jener Grundlage, die sich an die Erbschaftsteuerverhältnisse in England anlehnte, aber dieselben durchaus nicht kopierte und noch lange nicht so scharf war wie die englische Erbschaftsteuer, hätten aus dieser Steuer circa 800 Millionen herausgeholt werden können. Wenn Sie gerade jetzt wollen und die härteren Schultern belasten wollten, dann müssen Sie die Erbschaftsteuer heute zu ausbauen, daß aus ihr allein mindestens eine Viertel Milliarde neuer Steuern herausgeschlagen würde und nicht nur 92 Millionen, wie es der Herr Reichstagssekretär will. Dann würde schon die Hälfte des Defizits gedeckt. Eine Einkommensteuer brauchten Sie dann noch gar nicht, Sie könnten dann aus einer Vermögenssteuer die andre Hälfte des Deckungsbedarfs herauserschlagen. Wir werden ja selbstverständlich in der Kommission den Versuch machen, das Unheil der neuen indirekten Steuern von den arbeitenden Klassen abzuwenden; wir werden alles tun, was das kleinere Übel an die Stelle des größeren zu legen. Wir tun das nicht etwa diesem System zuliebe, sondern es kann sich für uns nur darum handeln, ein Unglück für die arbeitenden Klassen zu verhindern, die bei der jetzigen traurigen Wirtschaftslage so wie so schon mit Arbeitslosigkeit und schwerer Not zu kämpfen haben. In dieser wirtschaftlich ungünstigen Zeit magt man es, diesen schmerzgeprüften Klassen 400 Millionen neue Steuern aufzubringen zu wollen! Das ist ein Unbegreifliches, das eine scharfe Beurteilung verdient. Ich will im Ausbruch, den ich auf der Bunge habe, nicht gebrauchen, weil er unparlamentarisch ist; aber ich will es jedem einzelnen überlassen, zu beurteilen, ob es anständig ist, bei so traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen, die wir hier gegenwärtig haben, die Arbeiterklasse noch zu belasten.

Es ist ja unmöglich, das ganze Steuerbudget der Regierung in einer Rede zu behandeln. Da nicht über jede Einzelsteuervorlage eine Generaldebatte stattfindet, so kann darin nur eine kleine Besserung eintreten, daß die einzelnen Parteien zu den verschiedenen Kapiteln den oder jenen Redner ins Treffen führen, und so habe auch ich die Ehre, nur über eine einzelne Steuer zu reden. Weil ich in der dabei betroffenen Industrie, der Tabakindustrie, Fachmann bin. Neben die andern Steuern werden andre meiner Fraktionskollegen sich verbreiten.

Was die Tabaksteuer vorlage anlangt, so hat die Begründung des Herrn Schatzsekretärs betreffs dieser Vorlage auf mich den Eindruck gemacht, als empfinde der Herr Schatzsekretär, daß die Tabaksteuer für die Tabakindustrie bereits verloren sei. Es ist mir zu Ohren gekommen — und ich spreche dies aus, um nach außenhin eine Warnung ergehen zu lassen —, daß einige Herren der Tabakindustrie mit Regierungsvetretern darüber verhandelt hätten, daß die Tabaksteuer nicht für die Tabakindustrie eingeführt werden sollte, und daß man auf andern Wege den Staatshör besser stellen wollte, und auch das, was aus andern Parteien, beklautet, hat mich in dieser Meinung bestärkt.

Meine Herren, seitdem das Reichsmonopol für die Tabakindustrie im Jahre 1882 zum Reichstag abgelehnt worden ist, hat es die Regierung nicht vorzuziehen können, die Tabakindustrie ununterbrochen mit Steuerplänen zu beunruhigen und hat immer, wenn auch einmal eine Steuerpläne vorliegen, durch ihre Offiziellen und ihre Helfershelfer darauf hindrücken lassen, daß der Tabak einmal höher belastet werden müsse. Im Jahre 1893/94 wurde ja der Reichstag auch wieder damit beschäftigt, er lehnte aber die sogenannte Tabakfabrikationssteuer ab, weil er sagte, daß durch diese Steuer die Industrie zu schwer getroffen würde. Die kapitalistische Konzentration in der Tabakindustrie ist ja auch die Folge einer solchen Besteuerung; denn die Tabakindustrie hat eine große Zahl von Kleinindustriellen, der Mittelstand ist verhältnismäßig stark vertreten. Durch die Tabakfabrikationssteuer — das stand zweifellos fest, und davon hat sich auch die Mehrheit des Reichstags überzeugt — wurden die Mittelstandsbürgerlichen schwer getroffen, ruiniert und bedroht, und die großkapitalistische Konzentration der Tabakindustrie hätte die Folge sein müssen. Das war einer der Gründe, warum der Reichstag damals die Tabaksteuer vorlage abgelehnt hat. Dann kam belamlich die Regierung im Jahre 1905 wieder mit dem Pläne, die Gewächsteuer und der Gewichtszoll für den Tabak zu erhöhen. Ich habe damals hier dargelegt, daß die Regierung diese Steuer vorlage entgegen ihrer früheren Grundgesetze gemacht hat. Die Regierung hatte früher selbst die Gewächsteuer als eine ungerechte Steuer durch den Grafen v. Hofmannsdorff als früheren Reichstagspräsidenten kartieren lassen. Später, als ein anderer Schatzsekretär, Freiherr v. Engel, da war, hat sich die Regierung an diesen Standpunkt nicht mehr gefügt. Es war meine Aufgabe damals, auf einen solchen Widerspruch in der Haltung der Regierung hinzuweisen. Es wurde auch anerkannt und wird heute noch anerkannt, daß eine höhere Besteuerung des Tabaks durch Gewichtszoll und Gewächsteuer eine Ungerechtheit bedeutet und die Kleinindustrie und den Verbrauch der geringeren Sorten schwer treffen, also wiederum die breiten Massen mehr belasten möchte; denn durch den gleichartigen höheren Zoll wird die geringere Ware verhältnismäßig schwer belastet, und diese geringere Ware wird von den nichtbesitzenden, von den arbeitenden Klassen gekauft. Eine solche Besteuerungsart ist also ungerecht, da sie die indirekte Belastung progressiv nach unten wirken läßt, sie überaus die indirekten Steuern in gleicher Höhe auf alle Waren aufgelegt, ob die Waren einen teuren oder einen niedrigen Preis haben. Der niedrige Preis betrifft die geringe Qualität; die geringe Qualität von Waren wird von den nichtbesitzenden, von den ärmeren Klassen gekauft. Die ärmeren Klassen haben in diesem niedrigen Preise der Waren und in der geringen Qualität genau denselben Aufschlag der indirekten Steuern zu zahlen wie die besitzenden Klassen, die sich die besseren Qualitäten kaufen und etwas höhere Preise dafür bezahlen können. Das ist die ungerechte, nach unten progressiv wirkende Belastung der arbeitenden Klassen durch die indirekten Steuern. Gestern mußte auch der Herr Schatzsekretär über ein

den, daß die indirekten Steuern durch den Versteuerung der Waren eine Ungerechtigkeit für die nichtversteuernden Klassen bedeuten, wenigstens, wie er sich ausdrückt, ungleichmäßig wirken. Diese ungleichmäßige Wirkung stellt sich bei jeder der das System der indirekten Steuern und ihre Wirkung kennt. So wirkt auch der Gewerbesteuer, so wirkt auch die Gewerbesteuer in der Tabakindustrie; das beständige Feinergert also die Regierung.

Wenn nun der Tabakindustrie 70 bis 80 Millionen Mark, einerlei auf welche Weise, ob durch die Vandalensteuer oder durch den erhöhten Gewerbesteuer, aufgelegt werden sollen, so wird selbstverständlich die gesamte Warenproduktion um diese Summe belastet und damit natürlich die Fabrikate, die Waren dieser Industrie. Da es nun einleuchtet, in welcher Weise die Summe aufgebracht wird, wenn die Summe gleich bleibt. Wir werden ja sehen, wie die Herren der einzelnen Parteien über die Tabaksteuer denken. Sowie ich weiß, gibt es eine Anzahl von Abgeordneten in den verschiedenen Parteien des Hauses, die die Vandalensteuer nicht bewilligen wollen. Es gibt aber auch eine Anzahl von Abgeordneten, die sagen: man muß den Tabak auf andere Weise besteuern. Sowie ich weiß, gibt es eine Anzahl von Abgeordneten, die sagen: man muß den Tabak auf andere Weise als dem Tabak herausgeschlagen werden sollen, so sei ihnen hier nur gesagt, daß diese Belastung selbstverständlich die Produktion in den billigeren Fabriken in der gleichen Weise treffen müßte. Die billigen Waren in der Zigarrenindustrie, die Bier-, Fünf- und Sechspennigzigaretten, bilden über 80 Prozent der Gesamtproduktion. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn 70 bis 80 Millionen aus dem Tabak herausgeschlagen werden sollen, dann wird sicher aus diesen Waren mindestens eine Summe von 50 Millionen herausgeschlagen werden müssen. 80 Prozent der Produktion müßten dann aus 80 Prozent der Steuern einbringen, und wenn sie 80 Prozent einbringen, so wird die Summe eine noch größere sein, die auf diesen Teil der Produktion fällt. Dieser Teil der Produktion wird dann verteuert, und die Verteuerung wird sich mindestens auf 1 Pfg. pro Zigarette, die jetzt 4, 5 und 6 Pfg. kostet, belaufen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat man gestern hier gesagt, man könne sich ja einigermaßen im Genuß einschränken, und der Herr Schachschreier meinte, wenn die Zigaretten verteuert würden um einen Pfennig oder die höheren Sorten um mehrere Pfennige, dann werde der Raucher erst sagen: ich werde mich jetzt eine billigere Sorte kaufen. Und wenn er eine Zeitung eine billigere Sorte gekauft und geraucht hat, wird er sich allmählich daran gewöhnen, mehr auszugeben und eine teurere Sorte zu rauchen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Das mag wohl möglich sein bei den Sorten, die der Herr Schachschreier raucht oder seine Klassen genossen rauchen; aber bei den Sorten, die er nicht raucht — denn er wird kaum eine Bier- oder Sechspennigzigarette rauchen, er wird sie unter die sogenannten Einleibers rechnen (große Heiterkeit), ich glaube nicht, daß er diesem Genuß frönt — aber auf diese Sorten trifft sein Beispiel und seine Empfehlung überhaupt nicht zu.

Wer von den arbeitenden Klassen jetzt 4 Pfg. für eine Zigarette bezahlt und später 1 Pfg. mehr bezahlen soll, der wird selbstverständlich seinen Verbrauch einschränken. Dazu ist der Arbeiter jetzt sozietig gezwungen durch sein geringes Einkommen. Er hat mit jedem Pfennig, mit jedem Heller zu rechnen. (Zuruf rechts.) Wenn Sie das beweisen, daß die Arbeiter nicht mit jedem Heller zu rechnen hätten, wenn sich jeder bei Ihnen die Annahme befände, daß die Arbeiter bei ihrem geringen Einkommen noch ein luxuriöses Leben führen können, daß sie sich manches noch abbarren und absparen können. Falls Sie in diesen Annahmen gefangen sind, würde ich Ihnen raten müssen, sich einmal das Leben eines Arbeiters genau anzusehen, sich vorreden zu lassen, womit denn eigentlich das Leben des Arbeiters geschieht. Bei einem Einkommen bis zu 900 Mk. ist ein menschenwürdiges Dasein nicht zu führen. Das sagte einmal einer der Jünger, der Abgeordnete Wermann, schon vor zwanzig Jahren, der uns im sächsischen Landtag erklärte: ich gebe zu, daß bei einem Einkommen unter 900 Mk. kein menschenwürdiges Dasein zu führen ist. Nun frage ich: sind denn heute nicht die Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl auf ein so geringes Einkommen angewiesen? Gewiß, in der Tabakindustrie ist es noch viel schlimmer; denn in der Tabakindustrie werden so niedrige Löhne gezahlt, daß, wie konstatieren werden muß, diese Löhne im Durchschnitt einige Mark über 600 Mk. jährlich betragen. Daß unter solchen Umständen ein menschenwürdiges Dasein nicht zu führen ist, wird jeder verständliche Mensch begreifen. Ist es aber nicht möglich für die große Zahl der Arbeiter, ein menschenwürdiges Dasein zu führen, dann ist es doch selbstverständlich, daß sie die allergeringsten Bedürfnisse, die sie haben, dann auch noch einschränken müssen, wenn eine Verteuerung dieser Bedürfnisse eintritt, und eine Verteuerung eines dieser Bedürfnisse unternehmen Sie, wenn Sie eine höhere Zigarette steuern wollen, wie der Herr Reichsstatistikdirektor sie vorschlagen hat. Die große Masse der Arbeiter wird ihren Konsum einschränken, weil dieser Konsum verteuert ist. Das ist auch einmal dem Bundesratsteil bei einer Vorschreibung einer früheren Zigarettevorlage ausgegangen worden, daß, wenn auch nur vorübergehend, vorläufig der Konsum um ein Fünftel eingeschränkt werden könne. Das muß als eine nicht zu hohe Schätzung hingegenommen werden in dem Augenblick, wo man der Tabakindustrie eine viel größerer Last aufbürden will.

Ich behaupte, mehr als ein Fünftel muß der Konsum an Zigaretten zurückgehen, wenn diese Steuer der Tabakindustrie aufgebürdet wird. Aber nehmen wir nun an — man soll nicht sagen, daß wir uns Selbstentzügen selbstig machen — daß der Konsum um ein Fünftel zurückgeht, so bedeutet das für die Tabakindustrie eine völlige Umwälzung, eine Deamierung in schlimmster Form, so daß man zur Ansicht kommen muß, daß eine solche Belastung, eine solche Degimierung der Industrie auch eine Verminderung der Steuerleistung dieser Industrie zur Folge haben wird. Wenn der Konsum um ein Fünftel zurückgeht, dann wird er sich selbstverständlich, daß die Zigarrenindustrie, der Bier- und Tabakindustrie, ein Fünftel ihrer Arbeitskräfte entlassen müßte. Es muß jedem plausibel erscheinen: wenn die Produktion um ein Fünftel eingeschränkt wird, werden auch ein Fünftel der Arbeitskräfte überflüssig; denn es gibt keine Maschinenarbeit in der Zigarrenindustrie. Es sind Zigarrenmaschinen erfunden worden, aber nach kurzen Funktionieren wurden sie wieder zum alten Eisen verworfen. Es ist nicht möglich wegen der Roburheit des Materials, daß es mit Maschinen bearbeitet wird; das Material liefert darunter. Nur mit Handarbeit kann man das Material gründlich ausarbeiten. Unter solchen Umständen wird die Tabakindustrie um ein Fünftel in ihrer Arbeiterzahl und um ein Fünftel in ihrer Produktion verringert. Wenn aber die Produktion um ein Fünftel eingeschränkt wird, dann ist sicher, daß die Belastung eine Verteuerung des Produktes mit sich bringt; dann können nur die größeren Kapitalisten die Konkurrenz noch einigermaßen bestehen, aber die kleineren Unternehmern niemals; diese werden vertrieben. Je mehr die Tabakindustrie belastet wird, um so mehr wird man die kleineren Fabrikanten, die Mittelstandsklassen, vernichten. Das ist eine unausweichliche Folge der harten Belastung der Tabakindustrie, die sie jetzt geplant ist. Sie können die schlimmsten Bedenken machen, meinestwegen mögen Sie sich erlauben, zu sagen, die Statistik, die in der nächstigen Woche nach der Erklärung der Belastung der Tabakindustrie durch den Reichstag von 1879 aufgenommen ist, sei nicht zureichend. Ich gebe diesen Vorwurf für dergleichen Angaben zurück. Wenn wir keine gründlichen statistischen Unterlagen haben, so ist dies Schuld der Regierung und der geschicklosen Köpfe; es hätte längst sollen eine gute Produktionsstatistik eingeführt werden. Wenn die Befunde, könnte man etwa auf weiß

differrmäßig magenerien, wie eine solche ... zuin gegenüber der Industrie wirken würde. Das kann heute allerdings nicht mit apodiktischer Sicherheit geschehen. Darum ist der Streit möglich, und wenn der Schachschreier betreibt, daß mit dem Zolltarif von 1879 die Tabakindustrie schwer belastet worden sei, daß es nicht wahr sei, daß 10, 15 oder 20 Prozent Menschen entlassen worden seien, so ist das eben eine Behauptung, weiter nichts. Am eigenen Leibe haben wir das erfahren. Aus jener Zeit wissen wir uns persönlich zu erinnern, wie eine große Zahl von unsrer Kollegen, den Zigarrenarbeitern, entlassen worden war, weil eben der Konsum zurückgegangen war infolge der Verteuerung der Tabakfabrikate. Wir haben von Ort zu Ort, von Fabrik zu Fabrik wandern müssen, weil der Konsum eingeschränkt worden ist. Die Fabrikanten haben uns gesagt: wir müssen leider die Produktion einschränken wegen des Mangels an Absatz durch die Verteuerung des Fabrikats. Das kann nicht abgelehnet werden, und wenn man die vorhandenen Statistik noch so einseitig ausbeuten will. Es sind damals weit über 10 000 Arbeiter arbeitslos geworden, das steht fest. Wenn Sie heute der Tabakindustrie eine so starke Belastung auferlegen, so wird der Konsum um ein Fünftel zurückgehen. Das ist bei der Steuer vor zwei Jahren und auch bei der Tabakfabriksteuer in den Jahren 1883 und 1886 der Regierung vorgehalten worden. Damals schien es auch den Herren im Hause einzuleuchten, daß diese Folgen eintreten müßten, und sie sind daher auch auf der Ablehnung der Tabaksteuer gekommen. Ich wünsche nur, daß Sie die Dinge wieder in demselben Sinne betrachten, daß die Schätzung der Tabakindustrie ernst auffassen und auf Ablehnung der Vorlage eingehen. Es ist möglich, dieses Unglück von der Industrie abzuwenden.

Ein Wort will ich noch hinzufügen: wenn eine Reihe von Mittelstandsbereinigern vernichtet wird, wie reimt sich das zu der bishergehenden Mittelstandspolitik, die man immer im Munde führt, aber nie in die Wirklichkeit umsetzt? Nicht allein durch die Tabaksteuervorlage, auch durch andere Vorlagen wird der Mittelstand mitbesteuert und belastet. Ueberhaupt trifft jede Verteuerung von Steuern den Mittelstand ebenso wie die arbeitenden unteren Klassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Mittelstand wird ebenfalls belastet; man nimmt ihn ebenfalls höhere Steuern ab, und beweist damit, daß man nicht mittelstandsfreundlich politisch treibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Degimierung der Industrie, die Verringerung der Zahl der Fabrikanten, der sehr wichtigen Eigenschaften in der Industrie ist eine Gefahr, die eine weitere Gefahr nach sich ziehen kann. Wenn eine Reihe von Mittelstandsbereinigern in der Tabakindustrie vernichtet ist, wenn eine kapitalistische Zentralisierung der Industrie eintritt, dann wird es der Regierung eher möglich sein, das alte geliebte Monopolprojekt wieder hervorzuziehen. Gehen wir uns noch der Herr Schachschreier gefragt, eine Ablösung der Tabakindustrie würde eine ungeheure Summe erfordern. Ich glaube, er sprach von 1 1/2 Milliarden. Wenn nun eine Reihe von kleinen Erzeugern zerstört ist, wenn ein Teil der Produktion vernichtet ist, die Produktion überhaupt eingeschränkt ist, dann ist es unendlich viel leichter, ein Monopolprojekt einmal durchzuführen; denn man hat weniger Gegenstände zu einem einzigen Unternehmen leichter treffen als wenn Kaufleute von kleineren Unternehmern noch mit der Regierung um ihre Erzeugnisse kämpfen, die abgesetzt werden sollen. Der Herr Reichsstatistikdirektor hat es jüngst sehr bebauert, daß das Monopol früher nicht eingeführt sei, und hat uns vorgehalten, daß, wo das Monopol eingeführt sei, die finanziellen Verhältnisse des Staates gut seien; da brauche die Regierung nicht immer wie in Deutschland mit neuen Steuererforderungen kommen, da bringe der Tabak Hunderte von Millionen ein. Die Herren derselben dabei nur, daß in jenen Ländern eine Tabakindustrie in nur weniger Weise besteht, die Staatsindustrie dieser Länder auch nur einige wenige Kaufleute von Arbeitern beschäftigt, während die Tabakindustrie mit den Hilfsindustrien ziemlich 200 000 Arbeiter in Deutschland beschäftigt. Wenn man also dazu kommen sollte, etwa wieder einmal ein Monopolprojekt einzuführen, so wird es keine bessere Vorbereitung für das Projekt geben, als wenn man die Vandalensteuer, die schwere Belastung der Tabakindustrie, wie sie die Regierung plant, durchführen wird. Dazu wird, hoffe ich, der Reichstag seine Hand nicht bieten. Es ist wahr, daß die Tabakindustrie viel besser organisiert ist, als manche andere Industrie, und daß infolge dieser Organisation die Agitation gegen die bestmögliche Steuerbelastung der Tabakindustrie eine lebhaftere, lebendigere ist als in anderen Industrien; aber es gibt auch kein gefährlicheres Geschäft unter all diesen Steuererforderungen und diese gefährliche Vorlage ist nicht anders als eine Vorbereitung für das Tabakmonopol, wenn die Regierung auch sagt, sie würde es sich selbst nicht anmerken lassen, noch mit der Regierung um ihre Erzeugnisse kämpfen, die abgesetzt werden sollen. Es ist so und so viele Male ausgesprochen worden, wenn behauptet, daß man das Monopol nicht bestimme, das läßt nur zu deutlich erkennen, daß, wenn die Verhältnisse gegeben wären, es einzuführen, es sofort eingeführt würde. Wenn die Regierung möchte, daß eine Mehrheit im Reichstag dafür zu finden sei zur Einführung des Tabakmonopols: ich zweifle keineswegs daran, daß sie sofort zu greifen und eine Monopolvorlage dem Reichstag unterbreiten würde. Sie weiß aber, daß sie dafür augenblicklich keine Mehrheit findet, sie muß überhaupt fürchten, daß die Mehrheit des Reichstags ihr die Vandalensteuer, wo die Fische wirt, und beständig mehr die Tabakindustrie, daß sie eine illoyale Agitation entfalten.

Es mag der Regierung, speziell dem Herrn Schachschreier, sehr unangenehm sein, wenn er Steuern, die er jetzt fordert, nicht bewilligt bekommt; er findet sich dann in einer Verlegenheit und hat dieser Verlegenheit gestern schon Ausdruck gegeben, indem er sagte: wenn Sie diese oder jene Steuern abweisen sollten, die Ihnen gar nicht gefällt, dann erwartete ich, daß Sie Ihre Freiheit alles tun werden, neue Quellen zu eröffnen, damit diese 500 Millionen Mark flüssig gemacht werden können, die ich jetzt fordere. Ja, meine Herren, es wird wahrhaftig in der Steuerkommission wieder dazu kommen wie 1905, daß man die einzelnen Parteien angeht, der Regierung einige Steuern auf dem Präzedenzfall entgegenzubringen. Wenn die einzelnen Parteien sich nicht dazu verstehen können, wird die Regierung sich selbst daran denken müssen, neue Steuererforderungen auszuarbeiten. In der Kommission werden die einzelnen Steuererforderungen einer gründlichen Interprüfung unterworfen, dann wird es auch noch eher möglich sein, als hier bei einer allgemeinen Beratung, wo alles durcheinander wirbelt, die Schädlichkeit jeder einzelnen Steuer näher nachzuweisen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und das, was in den Vorlesungen zur Begründung dieser Steuern gesagt worden ist, erst einmal gründlich unter die Lupe zu nehmen. Ich unterlasse es, heute die Tabaksteuer vorlage in ihren Einzelheiten zu prüfen; es kam mir darauf an, die allgemeine schwere Wirkung zu kennzeichnen, die eine so schwere Belastung der Tabakindustrie nach sich ziehen muß; und die Parteien zu warnen, einen solchen Boden zu betreten; denn sie würden damit der Volkswirtschaft des deutschen Reiches einen schweren Schaden zufügen.

Wenn der Herr Schachschreier in der Begründung seiner Vorlagen von einer glänzenden Entwicklung unserer Volkswirtschaft gesprochen hat, so erlaubt ihm diese Auffassung noch lange nicht, unserer Volkswirtschaft durch neue Steuererforderungen schweren Schaden zuzufügen! Er muß sich bewußt sein, daß die Tabakindustrie schwer leiden und daß eine solche Schädigung auch auf andere Industrien übergehen würde. Die in einer Industrie vernichteten Eigenschaften suchen natürlich ein neues Unterkommen zu finden, und zwar in anderen Industrien. Dort wird eine Verteuerung, eine schwerere Konkurrenz die Folge sein; unter den Arbeitern selbst aber wird die Folge sein, daß die arbeitslos gemachten Arbeiter, um nur ihr Leben zu erhalten, ihre Arbeits-

kraft zu den ungunstigsten Bedingungen anbieten und so letzer ihren Kollegen gegenüber zu Rohbrüdern werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese traurigen volkswirtschaftlichen Folgen seien man bei der Ausarbeitung der Vorlagen nicht berücksichtigen zu haben. Ist nicht gerade jetzt, zurzeit einer harten wirtschaftlichen Krise ganz besondere Vorsicht geboten? Man hat alle Ursache, die Industrie gerade jetzt vor weiteren Schädigungen zu warnen! Das gebieten auch volkswirtschaftliche Grundgesetze, und das Reich soll nach guten volkswirtschaftlichen Grundgesetzen regiert werden! Die Volkswirtschaft ist die Grundlage des Staats überhaupt, und diese Grundlage darf nicht verletzt werden! Werie beklagt, der handelt gegen das Interesse des Reichs, der handelt reichs- und staatsgefährlich! (Sehr richtig! bei den Soz.)

Meine Herren, wenn die Regierung jetzt wieder die großen Lasten für das Reich durch die indirekten Steuern auf die breiten Schultern der arbeitenden Klassen wälzen will, so muß selbstverständlich die Unzufriedenheit wachsen! Nachdem vor kaum drei Jahren den arbeitenden Klassen eine Viertelmilliarde, vor fünf Jahren ebenfalls eine Viertelmilliarde aufgebürdet worden ist, muß eine solche Neubelebung, wie sie jetzt geplant wird, meiner Ansicht nach geradezu dem Fasse den Boden auswaschen! Solche Steuererforderungen in so kurzen Zwischenräumen dem Volke vorzuliegen, dazu gehört ein Mut, den ich nicht bestimme (Lachen rechts und bei den National Liberalen), ein Mut, der allerdings vielleicht durch die traurige Finanzlage gestiftet wird! Ich behaupte aber: es gehört ein trauriger Mut dazu, den arbeitenden Klassen zuzumuten, diese neuen Lasten zu tragen! Es bedürfte dessen nicht, wenn man die Lasten auf die bestbesetzten Klassen abwälzte. Wenn die bestbesetzten Klassen schreien und jammern und nichts leisten wollen, dürfte die Regierung sich nicht daran fetzen! Wenn sie sich die Sympathien des Volkes erringen will, mag sie die schweren Lasten auf die bestbesetzten Klassen legen, sie kann sich dann auf die überwältigende Mehrheit des Volkes stützen gegenüber der Handvoll Bestbesetzten, die ihre eigene Tasche zuhalten und in andre Taschen greifen wollen, um die Ausgaben des Reiches zu betreiben! (Zustimmung bei den Soz.)

Meine Herren, ich glaube fest, daß, wenn Sie jetzt dazu kommen, die Steuererforderungen zu bewilligen und der Regierung eine halbe Milliarde neuer Steuern in den Schoß zu werfen, damit die Finanznöte des Reichs nicht befeitigt sein wird. Wir werden uns schon nach einem Jahre, bei Vorlesung des neuen Etats, wieder spreken und dann sehen, daß die ungeheuren Summen nicht ausreicht haben, der Finanznot des Reiches ein Ende zu machen. Ich weiß bereits darauf hin, daß wir befürchten müssen, neue Militärerforderungen zu bekommen. (Widerpruch rechts.) — Es steht meiner Ansicht nach bombenfest; Sie können es jetzt leugnen, wie Sie wollen. Wir werden in Gelegenheit haben, in zwei Jahren auf die Abrechnung zurückzukommen. Es ist doch sicher genug angekündigt worden: Ihre eigene Presse hat es uns ja gesagt, daß man nur vorläufig die großen Vorlagen zurückgestellt habe, weil kein Geld da sei. Das Defizit soll mit den verlangten Summen gedeckt werden. Wenn das geschehen ist, dann ist doch kein Geld vorhanden für die künftigen Forderungen und für die Folgen der gesamten Politik, wie sie sich in den letzten Jahren gezeigt haben. Die Fiskalpolitik, die autoritäre Politik, die reaktionäre innere Politik, die Militärpolitik — sie sind die Ursachen der Defizitwirtschaft. Diese Defizitwirtschaft wird mit diesem System fortwähren. Darum sagen wir: es kann eine Besserung nur geschafter werden, wenn man sich zu der Befreienden Tat aufrafft: Wieder mit diesem System! Dann wird sich auch eine Finanzreform durchführen lassen. (Vehafter Beifall bei den Soz.)

Gaukonferenz des 9. Gaues.

Am 22. November tagte im Anker in Offenburg die diesjährige Gaukonferenz. Um 10 1/2 Uhr eröffnete der Gauleiter Ad. Geising die Arbeit mit einer Ansprache zur leitendsten Mitarbeit und hieß die Delegierten willkommen. Ins Bureau wurden gewählt Geising als erster, Durban als zweiter Vorsitzende und die Boel als Schriftführer. Nach Aufforderung der Präsenzliste ergab sich, daß 16 Delegierte anwesend waren, außerdem der Verbandsvorsitzende C. Deichmann, Bremen, ferner der Gauleiter J. Wildemann, Stuttgart und der Gauleiter Ad. Geising. Nicht vertreten waren E. Ludwig und Zulauf.

Zum ersten Punkt, Gauericht, nahm der Gauleiter Geising das Wort und meinte, da der Gauericht je gebildet im Jahresbericht des Vorstandes niedergelegt sei, so könne er sich kurz fassen, um mehr Zeit für die Diskussion zu gewinnen. (Zustimmung.) Die Kampfe im Jahre 1906 erforderten große Opfer. Deshalb sei eine freiwillige Sammlung vorgenommen worden, deren Ergebnis nur 122.01 Mk. war; eine größere Opferfreudigkeit dürfte bei solchen Anlässen wohl gezeigt werden. Zur Beschäftigung des internationalen Arbeiterkongresses wurde durch die Mitgliederverbände im Gau einstimmig der Gauleiter gewählt. Nicht so glatt ging die Aufbringung der Gelder für die Delegation voran; trotzdem nur 52.20 Mk. aufzubringen waren, mußte öfter zur Pflicht gemacht werden. Das lebhafteste Interesse zeigten die Mitglieder zu den Vorträgen der Generalversammlung in Dielefeld, hauptsächlich für jene Anträge, welche Bezug hatten auf die Straßenunterhaltung und die Beitragsregulierung. Der Bericht des Zentralvorstandes zeigte aber, wie notwendig eine Minderung war, und es büßten die damaligen Opponenten wohl sehr von ihrer Rotmündigkeit überzeugt sein. Im Jahr 1906 sei auf dem Gebiete der Lohnbewegungen erfolgreiche gekämpft worden als im Jahre 1907. Schuld daran sei die abstänende Geschäftslage, dann aber auch der schlechte Stand der Organisation in Süddeutschland. Auch komme es vor, daß sich die Kollegen zum Kampfe stark genug fühlten, in Wirklichkeit aber noch keine Kämpfer seien und beim ersten Ansturm davonlaufen; nach jeder Richtung sei äußerste Vorsicht geboten, das Auge die Erfahrung. Zeitweise legten die Kollegen ein Verhalten an den Tag, wofür jeder Bezugsfühler; so hätten Kollegen dem Verband den Rücken gekehrt, die durch das Eingreifen der Organisation eine zermietige Lohnaufbesserung erzielten. Lohnbewegungen ohne Arbeitsstellenöffnungen hätten wir 6 Lohnbewegungen mit Arbeitsstellenöffnung und ohne Erfolg 4. Für letztere seien unermessliche Summen aufgewandt worden; insgeseamt für Textil und Gewandregulierung 100 000 Mk. Der Verlust an Mitglieder sei kein bescheidener, immerhin doch 23; hinzu kommt, daß die Krise erst im Anfang ihrer schädigenden Wirkungen steht und immer mehr Arbeitslosigkeit und folglich Misstimmung mit sich bringe. Es müßten deshalb alle Kräfte herangezogen werden, um weitere Rückschritte zu verhindern und das Verlorene wieder zu erobern, damit, wenn die drohende Gefahr der Lohnverkürzung abgewendet sei, wir kampfbereit dastehen, um eine Verbesserung des Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen herbeizuführen zu können. Das Gebiet, welches zu bearbeiten ist, sei ein äußerst umfangreiches und dringendes; nach seinen Bestellungen kamen im Gau 201 Orte mit 845 Betrieben und circa 7000 Arbeiter mit 19 000 Arbeiterinnen in Betracht. Für die Organisation sei ein großer Teil der Arbeiterinnen noch nicht reif, und es bedürfe noch lang andauernder Agitation und Organisationsarbeit, ehe diese gewonnen werden. Der Hauptüberstand sei, daß an den einzelnen Orten keine Personen zur Verfügung seien, welche die Leitung in die Hände nähmen, und so gebe oftmals das Gewonnene wieder verloren. Auch in den bestehenden Abstellen müsse mehr als bisher gearbeitet werden, die Vermögensgegenstände der Unterhaltungsbeamten sei oftmals nur selbst Vermögensgegenstände und nicht bestimmend auf

Die übrigen Tabakarbeiter am Drie. Weder müsse sich mutiges Wortwörter machen, nur so komme man zum Siege. Weder gab dann noch einen Heberblick über die geistlichen Angelegenheiten und schloß mit dem Wunsch auf rege Diskussion. (Beifall.)

In der Diskussion erhielt zunächst Durch an das Wort und beschäftigte sich mit der Lohnbewegung bei Grundbesitz in Österreich. Wenn es dort nicht zum Siege gekommen sei, so ist einzig und allein das Verhalten der Arbeiter schuld, welche schon in den ersten Tagen des Kampfes zum Streik übergingen. Nach schlechter hätte sich ein Teil der Arbeiter vor Bauer vornehmen: trotzdem man zweimal Aufbesserung erhielt, gabste man keine Beiträge für den Verband mehr, und das seien zum Teil Personen, welche sich für Partei rechnen. Die Presse könne, seiner Meinung nach, auch mehr für die Tabakarbeiter tun, als was es geteige; der Klassenkampf müsse mehr zum Vorzeichen gebracht werden, um Kämpfer heranzubilden.

Die Pöckel beschäftigte sich in längeren Ausführungen mit dem Verhalten des Meisters Erbstädte von der Genossenschaft in Hohenheim, welcher die Streikenden vom Hühnerhof abwand, dafür aber Unorganisierte und Christliche aus Hohenheim einstellte.

Diese Ausführungen wurden von R. Bauer unterstützt, und brachte letzterer zum Ausdruck, daß durch Einstellung der Streikenden eine nennenswerte Entlastung der Verbandskasse hätte eintreten können.

Wüder ist der Meinung, daß die leitenden Personen am Drie mehr leisten können; auf der anderen Seite müsse man aber in Betracht ziehen, daß die männlichen Arbeitskräfte immer mehr von der Industrie zu anderen Verufen übergehen. Ein großer Fehler sei es, daß der Beschluß des Gewerkschafts-Kongresses nicht innewegelt werde, wonach es jedem Organisierten zur Pflicht gemacht sei, seine tätigen Frauen oder Töchter der in Frage kommenden Berufsorganisation zuzuführen.

Kollege Deichmann findet, daß die Stimmung der Delegierten eine gebrierte sei; dazu habe man keine Verantwortung. Wenn die Erfolge auch nicht ganz befriedigen, so gebe es ja auch triftige Gründe dafür. Das Organisationsverhältnis zur Gesamtarbeit der in der badiischen Zigarettenindustrie beschäftigten Personen sei ein schlechtes; es erinnere ihn immer an Pestalen vor ungefähr 10-15 Jahren. Heute sei aber dort ein guter Organisationsgeist vorhanden. Es gebe zur einen Weg zum Fortschritt, immer und immer wieder müsse man die Kämpfer unterstützen. Dazu sei notwendig, daß alle mitarbeiten; dann aber würden auch bald in Baden an allen Ecken die Kämpfe entzündet; für die nötige Unterstüttung müsse man freilich auch sorgen. Weder gab eine Statistik bekannt über das Organisationsverhältnis in den einzelnen Landes-teilen und konnte den Nachweis führen, daß dort, wo der Prozentatz ein guter, auch der Einfluß und die Mitbestimmungs-recht der Arbeiter ein größeres ist. Seine Ansicht gebe dahin, daß die Zahl der Gewerkschaften verringert werde, dafür aber dann alle Gewerkschaften besolnet werden, um so ein engeres Zusammenarbeiten mit den einzelnen Bernaltungen herbeizuführen; es ließen sich immer noch einige brauchbare Kollegen heranziehen. Auch bezüglich des 9. und 10. Ganges sei eine Zusammenlegung notwendig, und zwar wenn möglich mit dem Sitz in Stuttgart, welches nach der Verschmelzung dieser beiden Gänge der Mittel-punkt sei. In Württemberg und Baden seien noch mehr männliche Arbeiter in der Industrie vorhanden und auch fortgeschrittener als im badiischen Oberland, und bei einer intensiveren Agitation werde der Erfolg nicht ausbleiben. Ferner komme in Betracht, daß Willkamm auf Grund seiner Privat-anstellung nicht immer so abkommen könne, wie es erwünscht sei, und daher zum 1. Jan. 1900 seinen Posten abgibt, somit für einen Ausweg gesucht werden müsse. Die Agitation müsse in Zukunft so gestaltet werden, daß der Gauleiter den einen Monat in diesem, den andern Monat in jenem Distrikt seine Tätigkeit entfalte; zu solchen Touren nehme man sich dann die zur Ver-fügung stehenden Kräfte zur Hilfe, dann werde es auch dort nicht anders sein. Mit Wüder sei er der Meinung, daß die Dummheit unter größter Feindschaft sei, aber ihr müsse eben so Leide ge-gangen werden, und dazu bedürfe es der praktischen Arbeit.

Gauleiter Wüdermann gibt einen Heberblick über die Verhältnisse im 10. Gau und legt die Gründe klar, welche ihn zum Austritt zwingen. Bezüglich der Agitationsform und Ein-stellung schließt er sich den Ausführungen Deichmanns an und erwidert die Anwesenden, den Sitz des Gauleiters nach Stutt-gart zu verlegen.

Siefelle fragt an, wie man sich zu verhalten habe, wenn jemand keine Beiträge für das Kartell zahlen will; denn die Kartelle seien nützlich, was die Verhältnisse in Gengenbach betrie; wo man mit Erfolg arbeite.

Walter gibt einige Vorkben der Handhabungen von den Unterstüttungsverhältnissen bei den Christlichen zum besten und meint, wenn wir auch bei einem bevorstehenden Streik zunächst einige Mitglieder verloren, so können diese doch wieder zu uns; es müsse nur tatkräftiger gearbeitet werden als bislang.

Zentner bringt verschiedene Beschwerden vor über frühere Mitglieder, gegen welche man den Ausschluß beantragt habe, weil dieselben den Verband schädigten. Was die Sicher-legung betrifft, so müsse keines Erachtens der Sitz nach Offen-burg verlegt werden. Offenburg habe gute Verbindung nach allen Tabakarbeitsorten und liege im Mittelpunkt der Industrie, auch sei Offenburg die größte Zahlstelle des Ganges. Wenn der Sitz nach Stuttgart verlegt werde, so sei dasselbe Verhältnis vorhanden wie in Straßburg.

Die Pöckel unterstützt in weiteren Ausführungen den Standpunkt Zentners bezüglich der Sicherlegung.

Schweden bezieht die Verhältnisse in der Zigaretten-Industrie und befragt sich über das mangelnde Solidaritäts-gefühl unter seinen Kollegen, die viel an ihrer traurigen Lage gefühlt sich selbst seien. Wenn die Organisation unter den Ziga-rettenarbeitern nicht in dem Maße vorwärts schreite, wie wohl zu wünschen sei, so liegt es daran, daß sich die Ausländer ab-schließen. Die Lohnverhältnisse der einheimischen Arbeiter seien recht trübsam, man arbeite schon für eine Mark pro Tag und müsse einen Weg vor zwei Stunden zurücklegen.

Die Pöckel empfiehlt den Sitz des Gauleiters nach Offenburg zu verlegen, weil er sonst zu weit aus dem eigentlichen Tabak-gebiet entfernt werde.

Bauer ist der Meinung, daß für das badiische Unterland eine weitere Kraft zur Verfügung gestellt werden muß, welche auf Anregung mit eingetreten hat. Mit der Sicherlegung nach Stuttgart ist er ebenfalls aus geographischen Gründen einverstanden, auch müsse dafür gesorgt werden, daß der Gau-leiter an einem Ort wohne, wo die Arbeiterbewegung vor-hersehend sei und gute Anregungen gegeben werden. Der Red-ner stellt es in Erwägung, ob es nicht praktisch sei, wenn eine Gewerkschaft eingeleitet wäre, damit Geld zur Verfügung habe. Was die Einrichtungen der Klaffen im Verban-de betrie, so lie eine Vereinfachung am Klasse; die Krankenunter-stüttung gähe aus dem Verband beinahe so viel Geld wie die Freizeit. Anstatt der Wanderkarten empfiehl er Redner die Kontrollkarte.

Wüdermann und Schweden sprechen nochmals für Stuttgart als Sitz des Gauleiters aus geographischen Gründen.

Deichmann geht nun auf die Anregungen Bauers ein. Was die Beitragsverhältnisse betrie, so müßten seiner Ansicht nach Klaffen unabhängig bestehen, 2 für weibliche und 2 für männliche. Die Wanderkarten hätten sich als praktisch erwiesen und würden beibehalten, nur seien sie hier und da verbesse-rungsbedürftig; nur seien den Wanderheimen bei viel Unan-genesmes wolkter und sie hätten sich als unpraktisch erwiesen. Was die Verschmelzung der Gänge 9 und 10 betrie, so sei auf Grund der angeführten Tatsachen und Umstände durch Wüdermann eine

Verschmelzung unannehmbar, die bis Januar erledigt sein müsse, daher empfiehl er, heute einen Beschluß zu fassen, auch sei eine Abstimmung über den Sitz für die Zukunft herbeizuführen.

Auf Wunsch verlesener Delegierter, zuerst sich auch der Gauleiter W. Deichmann zur Sicherlegung für ihn sei stets das Gesamtinteresse maßgebend gewesen, und so auch in dieser Angelegenheit. Wenn die Verschmelzung der beiden Gänge per-sekt sei, könne aus geographischen Gründen der Sitz in Betracht kommen. Er überläßt es den Delegierten zu bestimm-en, nur müsse er nochmals erklären, daß für ihn sei die Orte Straßburg, Offenburg und Stuttgart in Frage kommen, nach einem entlegeneren und kleineren Orte würde er nicht gehen. Selbstverständlich bitte Stuttgart, was die Arbeiterbewegung betrie, wohl das meiste und habe man dort die meisten An-regungen; sein Wissen zu verneihen.

In der vorgenommenen Abstimmung erklärten sich 9 für die Verschmelzung, 7 gegen die Verschmelzung. In der Ab-stimmung über die Sicherlegung stimmten 9 für Stuttgart, 7 für Offenburg.

Die Entscheidung dieser Angelegenheit waren die Punkte 1 und 3 erledigt; und zu Punkt 2 hielt der Verbands-vorstand R. Deichmann einen Vortrag über das Thema: Unser Gewerbe, und wie vertreten wir unsre Interessen. Der Redner führte nachstehendes aus: Die wirtschaftliche Geziege wurde durch eine Reihe von Faktoren recht ungünstig beein-flußt, in erster Linie sei es die übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft. Was treffe besonders in der deutschen Tabakindus-trie zu, überall gehe das Arbeitsgebetum auf die Suche nach billigeren Arbeitskräften und suche die entlegeneren Dörfer und Flecken auf. Selbst die Böhme im badiischen Oberland sind den Fabrikanten noch zu hoch; die von Unterland ziehen nach dem Oberland, und die von Oberland und auch teilweise vom Unterland suchen die Rheiniederungen im Elsaß auf, um noch nie-drigere Löhne zu zahlen. Falls sie auch die Ansicht, daß in Baden die Heimarbeit schon weitverbreitet sei, nur werde sie dort im Geheimen betrieben und unangemeldet. Gehe man durch die Distrikte, so sehe man, daß eine ganze Anzahl von Per-sonen 5 bis 10 Formen mit Wädeln oder auch eine Riste mit Wädeln nach Hause tragen, welche nach Feierabend eingetro-ffen werden. Wieder andre sieht man mit Säcken und Körben voll Tabak nach Hause wandern; keine Kinder im Alter von 5 bis 6 Jahren fahren keine Handwagen voll ungerippten Tabaks nach Hause, an denen dann die ganze Familie bis in die finstere Nacht arbeite. Angesichts dieser Umstände sei es erklärlich, wenn der Gesundheitszustand der badiischen Tabakarbeiter ein so grenzenlos schlechter sei. Mit den Arbeitsverhältnissen der wenigen badiischen Zigarettenarbeiter steht es nicht viel besser, so arbeiten ja im Betrieb Personen für einen Zehntel von 1 Mark. Städtdienerarbeiter erhalten Löhne von 1.20, 1.30, 1.40, 1.50, 1.70, 2 und 2.50 Mark, nur einige wenige Spezialarbeiter, Ausländer, welche man als Fleckname halte, be-kämen höhere Löhne. Diesen unheilvollen Zuständen könne wesentlich entgegengetreten werden. Es müsse unsre Aufgabe sein, die badiischen Tabakarbeiter zu organisieren. Eine gute Organisation verburge bessere Löhne und angemessene Beschaf-fung. Die Organisation der Fabrikanten habe bessere Fort-schritte gemacht; sie habe sich im Januar 1907 eine Bestimmung gegeben; wenn man diese einmal genau betrachte, so könne das einer vollständigen Arnebelung der Arbeiter gleich. Weder geht hierbei die einzelnen Paragraphen dieses Entwurfs durch. In dieser Weise müssen auch die Tabakarbeiter schaffen für ihre Organisation, damit diese erfüllt, sie müssen es sich zur Aufgabe machen, unter 50 Pfg. bei ausreichtem Umbau und entrippten Einlage keine Wädel mehr zu machen und unter 50 Pfg. bei aufreichtener Dede keine mehr zu rollen; eben-falls sind die Zurichterarbeiten zu erhöhen. Eine lebhafte Propa-ganda muß für diese Forderungen entfaltet werden, keine Pa-tristberkennung darf abgesehen werden, in der nicht die Lohn-raffe benützt wird. Selbstverständlich muß auch die Presse mobil gemacht werden, damit die Interessen der Tabakarbeiter mehr vertreten werden als bislang. Völligst empfiehlt es sich, einmal einen Kongreß der südbadischen Tabakarbeiter einzuberufen, an welchem auch die Christlichen teil-nehmen können. Alle anwesenden Delegierten müssen sich aber heute schon das Gedächtnis geben, in diesem Sinne unausführlich zu agizieren und propagieren im Interesse unsres Verbands. Je stärker die Organisation, je größer ihre Macht und ihr Ein-fluß auf die Arbeitsbedingungen und Löhne. Von den Organi-sationen seien erst 41 603 Tabakarbeiter umfaßt, von diesen sind im Deutschen Tabakarbeiterverband 80 676, im Verband der Sortierer und Kistenheifer 2798, ergibt eine Summe von 33 474; außerdem Christliche ungefähr 8549 und Gips-Fundamente 1580. Eine tiefgehende Aufführung über die wirt-schaftlichen und politischen Zusammenhänge sei das Notwendigste, um eine einheitliche und starke Organisation unter den Tabak-arbeitern herbeizuführen. (Beifall.)

Auf Anregung des Gauleiters wird von einer weiteren Dis-kussion Abstand genommen.

Die Arbeiten der Konferenz waren somit erledigt. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden Beising und einem dreimaligen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband wurde die Konferenz geschlossen.

Die „Christliche“ Deutsche Tabakarbeiterzeitung schreibt unter Bekanntmachungen des Vorstands in Nr. 28 wie folgt:

In Anbetracht der drohenden steuerlichen Mehr-belastung des Tabaks und den damit verbundenen Schädli-gungen für die Arbeiterschaft, hat der Zentralvorstand beschloffen, daß allen denjenigen Kollegen und Kolleginnen, die bereits unserm Verbande angehören oder demselben noch bis zum 1. Januar 1909 beitreten, die im Statut vorgelegene Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen, gewährt werden soll, falls sie durch die Ein-führung einer eventuellen Tabaksteuer-Erhöhung arbeits-lost werden. Die nach dieser Frist eintretenden Kollegen und Kolleginnen sind jedoch wieder an die 52 wöchige Krän-zungszeit gebunden. Für die richtige Bekanntgabe dieses, besonders im Interesse der Nichtorganisierten liegenden Beschlusses, wolte man allerorts Sorge tragen.

Ist das nicht herrlich? Also nur herbeizugieren, ihr deutschen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in den „leistungsfähigen“ christlichen Verband, dann seid ihr wohlbehütet! Wenn das nicht geht, na, dann sind wir gespannt, was noch kommen wird. Wäre es dem christ-lichen Verbänden denn nicht möglich, noch an die bei ihm eintretenden Kollegen ein Wehnachtsgehenkt zu ver-teilen? Die Sache sähe ja sehr verlockend aus, wenn sie nicht gar zu durchsichtig wäre. Aber liebe Christen, müßt ihr es denn so deutlich zeigen, daß ihr auf den Sund ge-kommen seid? Die Sache ist uns ja verständlich. Jetzt kennt kein Gebot und zwingt oft Leute, die am vertrauten Ende ihres Auteins angekommen sind, zu eigenartigen Mitteln, um sich vor dem Bankrott zu retten.

Nehmen wir einmal an, der christliche Verband würde durch solche Mittel ein paar tausend Mitglieder stark wer-den, aber es würde ein größerer Teil dieser Mitglieder, welche nur wenige Beiträge erst geleistet haben, arbeits-

Christlicher Bauernfang.

Die „Christliche“ Deutsche Tabakarbeiterzeitung schreibt unter Bekanntmachungen des Vorstandes in Nr. 28 wie folgt:

In Anbetracht der drohenden steuerlichen Mehr-belastung des Tabaks und den damit verbundenen Schädli-gungen für die Arbeiterschaft, hat der Zentralvorstand beschloffen, daß allen denjenigen Kollegen und Kolleginnen, die bereits unserm Verbande angehören oder demselben noch bis zum 1. Januar 1909 beitreten, die im Statut vorgelegene Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen, gewährt werden soll, falls sie durch die Ein-führung einer eventuellen Tabaksteuer-Erhöhung arbeits-lost werden. Die nach dieser Frist eintretenden Kollegen und Kolleginnen sind jedoch wieder an die 52 wöchige Krän-zungszeit gebunden. Für die richtige Bekanntgabe dieses, besonders im Interesse der Nichtorganisierten liegenden Beschlusses, wolte man allerorts Sorge tragen.

Ist das nicht herrlich? Also nur herbeizugieren, ihr deutschen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in den „leistungsfähigen“ christlichen Verband, dann seid ihr wohlbehütet! Wenn das nicht geht, na, dann sind wir gespannt, was noch kommen wird. Wäre es dem christ-lichen Verbänden denn nicht möglich, noch an die bei ihm eintretenden Kollegen ein Wehnachtsgehenkt zu ver-teilen? Die Sache sähe ja sehr verlockend aus, wenn sie nicht gar zu durchsichtig wäre. Aber liebe Christen, müßt ihr es denn so deutlich zeigen, daß ihr auf den Sund ge-kommen seid? Die Sache ist uns ja verständlich. Jetzt kennt kein Gebot und zwingt oft Leute, die am vertrauten Ende ihres Auteins angekommen sind, zu eigenartigen Mitteln, um sich vor dem Bankrott zu retten.

Nehmen wir einmal an, der christliche Verband würde durch solche Mittel ein paar tausend Mitglieder stark wer-den, aber es würde ein größerer Teil dieser Mitglieder, welche nur wenige Beiträge erst geleistet haben, arbeits-

los, so ist dieser christliche Verband nicht imstande, das heilige Versprechen einzuhalten.

Die Sache liegt jedoch noch tiefer, und den deutschen Tabakarbeitern sollen darüber die Augen geöffnet werden. Das Zentrum, die Hintermänner der christlichen Verbände, haben sich sehr gemunden zur Tabaksteuervorlage ausge-sprochen. Das Zentrum ist von jeder für den Fabrikantel gewesene und wird eventuell für eine höhere Belastung des Tabaks eintreten, wenn Vorteile anderweitig für die Zentrumsparthei winken. Einer derartigen charakterlosen Politik leistet die christliche Organisation Vorzug, indem sie auch zugleich der Regierung Handhaben zur höheren Belastung des Tabaks bringt. Es ist nur noch, daß die christliche Organisation herbeikommt und die Regierung freundschaftlich erjudet, alle Tabakarbeiter auf den christlichen Verband hinweisen, der in Anbetracht der eventuellen Arbeitslosigkeit und Gefahr so hilfsbereit seinen „ge-füllten“ Verbandskoffer zur Verfügung stellt. Wohllich, die christlichen Kollegen können stolz sein auf ihren Ver-band, er versucht es, die drohende Gefahr auf „eigne Rechnung“ zu bekämpfen.

Worauf es ankommt, ist, einmal festzunehmen, in welcher demagogischer Art die Christlichen arbeiten, um ihre Krümmen noch zu erhalten und sie womöglich etwas auf-zurichten. Gelinst es dem christlichen Verband durch solche Mittel, 100 oder 200 Aufnahmen bis zum 1. Januar zu machen, so ist die Ehre am Jahresschluss gerettet. Man kann dann mit der Mitgliederzunahme aufwarten. Wenn dann nachträglich die Zahl wieder rapide sinkt, kommt es nicht so sehr darauf an.

Wir hätten uns nicht so ausführlich mit diesem schönen Klänchen der christlichen Organisation beschäftigt —, es ist nicht unser Art, in unserm Organ in jeder Nummer die angeleglichen Sünden und Vergehen der Gegner in großen Spalten auszuschalten, wie es die christlichen Blätter tun —, hier galt es aber einmal, einer Demagogie entgegenzuwirken und den Wahren die Waacke vom Gesicht zu nehmen. Goffentlich werden uns die christlichen Kol-legen es nicht für ungut nehmen und uns in Acht und Bann tun, weil wir der Frage die Schelle umgehängt haben; vielleicht sehen es die Kollegen ein, daß mit solchen und ähnlichen Kunstgriffen der letzte Rest von Vertrauen zu ihnen noch schwinden muß und daß unser Standpunkt der richtige ist.

Berichte.

Dresden. Eine Protestversammlung gegen die gestörte Tabak- und Plaksteuer fand am 4. Dezember in der Loh-nhalle statt. Der geräumige Saal war überfüllt. Einberufen war die Versammlung von dem Tabakarbeiter und den An-gehörigen der graphischen Gewerbe. Der erste Referent, Geo-rges Knob, Vorsitzender des Verbandes der Zigarettenarbeiter, er-gang sich zunächst in der Untersuchung der Ursachen der ver-muteten Finanznot im Reichs. Dasselben lagen durchaus auf dem Gebiet der Klüpfungen zur See und zu Lande. Dabei sei die Steuerpolitik der Regierung zu gerichtet, daß es stets die Angehörigen der breiten Schichten seien, denen die ungeheuren Steuerlasten zur Hauptsache aufgebürdet würden. Das sehe man wieder an dem Projekt der Plaksteuer, welche den Arbeiter der Tabakindustrie für kommende Arbeitslosig-keit, Lohnrücklagen und allen Begleiterleistungen zu ein-schneidender Steuerpläne? In der Hand reichhaltigen Materials schildert Redner die Folgen der Tabaksteuer unter besonde-rer Berücksichtigung des Sortierergewerbes. Eine große Verschärfung der Organisationsmüße die Antwort der Arbeiterhaft sein neben den andern zu treffenden Abwehrmaßnahmen. Als zweiter Redner nahm der Gauleiter der Lithographen und Tabak- und Plaksteuer für die graphischen Verufe Lager auf der Sand. Auch das Zigarettengewerbe werde in außerordentlicher Weise tangiert; das letztere veranke seinen Aufschwung in Deutsch-land hauptsächlich der Plakzelle, und es werde infolge dessen von der Steuer auf Anbahnungen am schwersten mit getroffen. Schönheit und künstlerischer Geschmack in der Aufmachung und Ausstattung müßten leiden. Unkünstlerischer geller Pok, dessen Vorzug lediglich in der Willkür liegt, werde sich eindringen und die Arbeiterhaft werde den finanziellen Ausfall mit zu tragen haben. Nach dieser Richtung wurde auch schon die einschlägige Unternehmenseprelle mobil. Schon seien viele Aufträge auf bessere Sachen zurückgezogen, aber es dürfte noch viel schlimmer kommen. Als dritter Redner spricht der Bevollmächtigte der Tabak-arbeiter, Genosse Schindler, eingehend nochmals die verber-lischen Wirtungen dieser Steuerpläne beleuchtend. Dann geht er über zu einer Charakteristik der jetzt im Reichstage mit zur Beratung stehenden Gewerbeordnungsnotelle. Arbeiterinnen-schuh betreffend. (Siehe Stundschau.) Die Versammlung, von einer Debatte absehend, nahm einstimmig eine scharfe Resolution gegen die Tabaksteuer, wie immer sie sich auch darstellen möge, an. Zu den von Schmidt vorgelegten Wagnationen der Unter-nnehmer in puncto Arbeiterinnen-schuh wurde eine zweite Reso-lution ebenfalls einstimmig angenommen. Diefelbe lautet: „Die Versammlung protestiert mit Entschiedenheit gegen die von den Unternehmern in der Zigarettenindustrie in Szene gefetzte Petitionsmache gegen die in der Notelle zur Gewerbeordnung vorgelegene Ausdehnung des Schutzes der weiblichen Arbeits-kraft. Die Versammelten bewahren, daß sich ein großer Teil der Arbeiterinnen bereit finden ließ, diese Maßzahl zu unter-schreiben, und so dem rückständigen Unternehmertum Vorpann-bienste zu leisten. Sie erklären eine solche Petition für nicht den Interessen der Arbeiterinnen entsprechend und sind vielmehr der Meinung, daß die beabsichtigte Ausdehnung des Arbeit-erinnen-schutzes durchaus notwendig ist. Die Versammlung er-wartet daher vom Reichstage, daß er dieser von Unternemern veranlasseten Petition die verbiete Würdigung zuteil werden lasse.“

Enger. In der Mitgliederversammlung am 1. November wurde beschloffen, zu Weihnachten eine geschlossene Feier, bestehend im Abnehmen eines Biberbaumes, Kinderbescherung, theatralische Aufführungen und Stabrednerungen, zu bean-stellen. Zur Ordnung dieser Feier wurde eine Kommission gewähl. Leider sind in der letzten Zeit Differenzen ausgebrochen mit unserm Lokalwirt. Die Angelegenheiten sind nun wieder geregelt, jedoch hat das Arrangement an unfer Fesler jetzt dar-unter gelitten; denn blieben die Differenzen bestehen, war es uns nicht möglich, die Feier dort abzuhalten. Die theatralischen Aufführungen werden wohl wegen der kurzen Zeit unterlassen werden müssen. In den nächsten Tagen strukturiert man die Riste wie beschloffen, um den Beitrag einzuziehen (für das männliche Verbandsmitglied 50 Pfg.). Zur Erwahnung sind die Kollegen, so schnell wie möglich den Beitrag zu erledigen, damit der Kommission ein Heberblick gewährt wird, in welchem Um-fang die Anordnungen getroffen werden können. Am Son-nstag, 13. Dezember, nachmittags 8 Uhr, findet beim Gastwirt Hiermann eine Mitgliederversammlung statt. Die Lagerordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben; wichtige Fragen sollen erledigt werden, jedes Mitglied muß h. daher kommen. Jedem Mitgliede liegt es ans Herz, in dieser Zeit, wo die Tabak-

feiner alle Gemüter in Aufregung hält, für unsere Organisation zu werden. Mithet die Profiteure auf! Der Vortrag unfers Kollegen Schlierer in der Profiteverammlung vom 21. November wird manden Kollegen, ber uns noch fernsteht, zu der Überzeugung gebracht haben, daß er der Organisation nicht länger gleichgültig gegenübersehen darf.

Der erste Bevollmächtigte.

Hennrichheim. Für die Profitebewegung gingen hier folgende Gelder ein:

Gabril Kretwiler	4.80 M.
„ Seidenbeimer	9.85
„ Reinhardt	7.70
„ Böhm	8.80
„ Herbst	12.70
„ Eisig	5.90
„ Galle & Weninger	8.10
„ Thordach	7.55
Summa	59.90 M.

S. Krohn, Gulleiter.

Wangshadt. Eine imposante, aus allen Kreisen der Provinzierung sehr stark beachtete Profiteverammlung tagte am 28. November im Deutschen Kaiser, in welcher unter Gulleiter Kollege Schnell-Gleiten ein vorreffliches Referat über das Thema: 500 Millionen Mark neue Steuern, unter besonderer Berücksichtigung der Tabakfabriksteuer, unter großem Beifall erfolgte. Kollege Landtagsabgeordneter Georg Raab ergründete seine trefflichen Worte. Große Erregung riefen die Maßnahmen der Regierung hervor, wodurch die Arbeiter drohend gemacht werden. Eine Resolution, in welcher gegen die Tabakfabriksteuer und überhaupt gegen jede Verbrauchssteuer auf das entscheidende protestiert wird, fand einstimmig Annahme.

Der Reichstagsabgeordnete unseres Kreises, Herr Dr. O. F. Dann-Darmstadt (nat.-lib.) heulte auf, als er den gewandten Vortragsredner, der sich nicht erheben könne und verweigere uns auf die Worte seines Parteigenossen im Reichstage, daß er wohl für eine Tabakfabriksteuer nicht stimmen werde, ließ aber die Frage offen, ob er für eine Tabakfabriksteuer zu haben sei. Deshalb meinten viele Redner, daß die Tabakfabriksteuer nur vorgeschoben werde und daß die lang ersehnte, erhöhte Lohnsteuer dahinter stehe. Das sind die versprochenen goldenen Pfülsel von Januar 1907!

Wienhausen. Am 22. November tagte hier im Gasthaus zur Krone eine imposante Versammlung zum Profite gegen die Tabakfabriksteuer. Der Referent, Redakteur V. P. von Nordschauen, schilderte in 1 1/2 stündigem Vortrage die Gefahren, welche durch die Tabakfabriksteuer für die Arbeiter entstehen. An der Hand eines vorzüglichen Materials bewies er, wie es den mittleren und kleinen Fabrikanten und Fäbrikanten unmöglich wäre, wenn die Tabakfabriksteuer würde, weiter zu existieren, und daß dadurch 50 000 Arbeiter drohend würden, was eine Gefahr für den Staat sowohl wie für die Kommunen bedeute. Der Redner ging dann nach erläuternd auf einzelne Paragraphen der Vorlage ein. Einstimmig fand eine Resolution Annahme, die sich scharf gegen die Vorlage ausdrückt und den Reichstagsabgeordneten, Herrn Raab, sowie den Magistrat der Stadt auffordert, gegen die Vorlage zu protestieren.

Hewerklichansbewegung.

Die Internermertereristen gegen den Arbeiterinnenschuß. In der Abendausgabe der Post vom 8. Dezember 1906 wird heutig gegen die Gewerbeerhebungstabelle über den Arbeiterinnenschuß losgegangen. Der Zeitartikel, den sich die Post schreiben läßt, kritisiert all und jede Bestimmung, die zur Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen in dem Gesellenlohn aufzuzuhlen fene. Am liebsten würde es dem Blatte, wenn die ganze Vorlage scheiterte. Schließlich werden auch die Arbeiterinnen noch mit einer Drohung gegen die Vorlage aufzufubringen verucht; das Blatte schreibt nämlich:

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Fraglos ist, daß die Verführung der Arbeitseizeit auch eine erhebliche Reduktion der Löhne zur Folge haben muß. Die Zeitfristensie ist fest entschlossen, seine Lohnverhältnis zum Ausgange für die geschädigte Beschränkung der Arbeitsstunden vorzunehmen. Sie hat sich dahin verständigt, diejenigen Betriebe, die in Folge von erhöhten Anforderungen der Arbeiter in Schwerigkeitslagen kommen sollten, zu unterstützen. Die schmerzhafte Lage des Arbeitsmarktes begünstigt die Absicht, Ausverungen im großen Maßstabe vorzunehmen, äußerlich. Dies sollten sich die allzu eifrigen Volksgesieder merken, daß sie durch ihren sozialpolitischen Heberzungen nicht nur die Industrie, sondern letzten Endes auch die Arbeiter selbst auf's schwerste schädigen.

Die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsorganisationen. Ueber dieses Thema referierte kürzlich Genosse Begien in einer öffentlichen Vortragsverammlung in Berlin, die von Verbandsgesellschaften und Sozialorganisterten einberufen war. Der Vortragsvortragende teilte zu Beginn der Versammlung mit, daß sich die beiden Richtungen scharf gegenüberstünden und daß eine Einigung nicht leicht sein werde. Deswegengedacht müßte aber doch auf eine Einigung hingearbeitet werden, sollten die Interessen der Berufsangehörigen nicht schmer darunter leiden. Die Ausführungen Begiens gipfelten in dem Ratse, daß es das Interesse der Lohnarbeiter, deren Stellung im heutigen Wirtschaftsleben erfordere, daß sich die Berufsangehörigen in einer Organisation zusammenfinden müssen.

Gegner der Vereinhelligung traten in der Versammlung keine auf. Die Versammlung verabschiedete so: „Der Kampf der Arbeiter um die Hebung der Lebenslage

auf allen Gebieten erforderlich, wenn er zum Siege geführt werden soll, daß sich alle Arbeiter organisieren, und nicht nur auf gewerkschaftlichen, sondern auch auf politischen Boden. Weiter ist notwendig, in Anbetracht der immer zahlreicher und schwieriger sich gestaltenden Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern, und bebüht durch die wirtschaftliche Lage im allgemeinen, durch das Ersinken der immer fester sich zusammenschließenden Unternehmerverbände und der stetig größer werdenden Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen, daß sich die Arbeiter zu Einheitsorganisationen zusammenschließen.

Der Zentralverband der Töpfer und Berufsangehörigen Deutschlands, der den weitaus größten Teil der Töpfer Deutschlands in sich vereinigt und die Interessen seiner Mitglieder in jeder Beziehung vertritt, wie es von einer modernen Arbeiterorganisation erwartet werden kann, ist als die Einheitsorganisation für die Töpfer zu betrachten, alle Töpfer sind im Interesse des Berufs verpflichtet, soweit sie noch nicht dem Verband angehören, demselben unberzüglich beizutreten.“

Quittung.

Zur Befämpfung der drohenden Tabakfabrik-Gefahr (Fabriksteuer) sind bei dem Unterzeichneten folgende Gelder eingegangen:

Kollegen der Zigarettenfabrik	Ort	Datum	Betrag
Kollegen der Zigarettenfabrik Gorbah, Berlin		03/08/06	18.15
„ „ „ „ „		03/08	2.80
„ „ „ „ „		03/07	3.00
„ „ „ „ „		26/10 u. 28/07	27.10
„ „ „ „ „		03/07/06	12.70
„ „ „ „ „		03/07 u. 03/08	24.65
„ Zigarettenfabr. Hammacher		02/08	6.85
„ „ „ „ „		26/02	15.30
„ „ „ „ „		02/08	7.70
„ „ „ „ „		26/02	8.90
„ „ „ „ „		02/08	11.10
„ „ „ „ „		26/02	1.85
„ „ „ „ „		02/08	4.75
15. Bezirk, durch Kollegen F. Töpfer, Neu-Ruppin			17.85
15. „ „ „ „ „			7.70
15. „ „ „ „ „			25.00
15. „ „ „ „ „			5.00
15. „ „ „ „ „			32.10
15. „ „ „ „ „			11.70
18. „ „ „ „ „			10.00
8. „ „ „ „ „			19.30

Bereits quittiert 885.75
Summa M. 1154.05

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
J. H. Lubwig Walter, Kaffner, Berlin N. 87, Waisenburger Straße 75.

S. Hammerstein Filiale
Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Roh-Tabak. Bedarfs-Art.

Sumatra-Decks, besonders preiswert, hellfarbiges Stückblatt à 200, 800 & hellfarbiges Vollblatt à 400, 450, 500, mittelfarb. Stückblatt à 250, 275, 300 &.

Sumatra-Umblatt 140 &.
Java-Sumatra-Decks 215, 280 &.
Variations-Decks 200, 225, 250 &.
Som (mit Strigto) 250 &.
Java 85, 90, 95, 105, 120, 130, 135, 140 &.
Brasil 105 (Est.), 125, 130, 135, 150, 200 &.
Carmen 90, 95, 100, 110, 115, 120, 130 &.
Domingo 90, 95 & Umblatt 100, 115 &.
Seedleaf, großblättrig, per Quaht., nur 90 &.
Fabrikabfall, arab. 75 &., Losgut 85 &.
Indische Einlage 85 &.

Entrippte, rein überseeische
hocheine Einlage 120 & netto
Preis per Kasse mit 3 Proz. Rabatt.
Verband unter Nachnahme.

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, neue Fassons elgetroffen. Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 &., mit Rab 19 &., ganz Eisen 26 &.
Presskasten zu 1000 Zigaretten nur 5.75 &.
Rollbreiter 175, 200 &., Strichholz 800, 350 &.
Bündelbocke, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 &.
Arbeitsmesser 20 u. 30 &., 35 & Hamburger.
Lack 30 &., 3 Stangen.
Papier, blau, 40 Bogen pro Pfund, 20 &.
Band 50 Meter von 70 & an.
Ringe II. nur 20, 25 &., mit Verschr 45 &.
Etketten von 40 & pro 100 Stück an.
Gummifragant nur 175, 225, 250 & pro 100.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Schragen, Siebe etc. stets am Lager.
Preis per Kasse ohne Wagn.

B. Hermann Müller
Berlin, Magazinstraße 14.
Nr. 6198
Sumatra
à Pfund M. 1.75, verpöllt.

Nr. 6195
Java-Sumatra
à Pfund M. 2.50, verpöllt, rötlich braun, gut zerben, tabellos brennt.

Roh-Tabak!

Sumatra 120, 150, 240, 250, 320, 600, 700 &.
Vorsteland 100, 105-200, 250 &.
Brasil 110, 125, 130, 150, 180, 200 &.
Domingo 85, 100, 110 &.
Mexiko 180, 250, 300 &.
Borneo 130 &.
Havana 250, 300, Losgut gef. 80 &.
Seedleaf 100, 110, 120, 130 &.
Gestr. Einlage 130, Glas 100 &.
Verband nur unter Nachnahme.

A. Matthesen
Altona, Grosse Prinzenstr. 18.

Kindersegen und -kein Ende?
Ein Wort an denkende Arbeiter.
Von Bruppacher, prakt. Arzt.
Geg. Einbindung v. 35 Bfg. zu beziehen urch die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

3000
H. Nüsemann, Rohtabakhandlg., Bremen, Rohethor-Chaussee 105.

Das persönliche Regiment
Reden und sonstige öffentliche
:: Aussagen Wilhelms II. ::
Drochiert 200 Seiten I. A., Porto 20 &.
Zu beziehen durch die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig Tauchaer Strasse 19/21.

Wiesbadener Volksbücher
Pro Bänden 10 bis 45 Bfg.
Zu beziehen durch die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str.

Achtung! Java-Deckblatt
erste Länge Vollblatt, reine Farben u. Abzeichnung, empfohlen verpöllt per Pfund M. 2.60.

Typen
verleihen gerne gratis und franco.

Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen
Filiale: Berlin N., Brunenstr. 190.

Gewerkschaftsbewegung u. Volkshochfrage. Mit Porto 15 &.
Volkshochhandlung, Leipzig, Tauchaer Str.

Wir wir uns mit dem bescheidensten Nutzen bei nur erstklassigem Material
begnügen, sind wir in der Lage Ihnen besondere Vorteile beim Einkauf zu bieten.

Als besondere Spezialität führen wir entrippte, nach Havaneser Methode gestreckte

Einlagen.

Ein Versuch lehrt, wie vorteilhaft die Fabrikation. Wesentlich geringerer Verbrauch an Umblatt und Einlagen.
Verlangen Sie bei Bedarf, ehe Sie anderweit kaufen, in Ihrem eigenen Interesse unsere Spezial-Offerte.

Jacob & Noll, Rohtabakhandlung
Hannover.

Billige Rohabake zur Zigarettenfabrikation!

Sumatra, Stückblatt, II. Länge, hell, feil 230-425 &
Sumatra, Stückblatt, III. und IV. Länge, hell, feil, braun 170-300 &
Sumatra, Stückblatt, hell, feil 185, 225, 275, 350 &
Vorsteland, Stückblatt, I. Länge, hell feil 260-300 &
Brasil, Deckblatt, 145-200 & Umblatt und Einlage 120, 125, 130, 140 &
Sumatra, Umblatt, 115, 125, 135 &., Java-Einlage u. Umblatt 95, 100-130 &

Karl Ramm, Rohtabakhandlung, Altona, Papenstrasse 46.

LOSE der Königlich Sächsichen Landes-Lotterie
und zwar: Ganze, Halbe, Fünftel, Zehntel
pro Klasse à 50 Mk., 25 Mk., 10 Mk., 5 Mk. versendet

A. Zapf, Leipzig, Brühl 2
Königlich Sächsischer Lotterie-Kollektor.

Java-Umblatt und Einlage
n blättrig, schöner Ware, feinste hell und mittelfarbige Sumatra-Decker, Carmen und Domingo-Umblatt, wie helles, loses Gut, aus nur gefunden, überreiflichen Tabakten zusammengestellt, offeriert billig

Heinr. Carl Rose jr., Bremen.

Die Expedition des Tabakarbeiter
Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

gibt folgende, zu Weihnachtsgechenken geeignete preiswerte Bücher gegen Einbindung des Betrages und des Portos ab:

Die Heiterheiten. Von Otto Lubwig, reich illustriert von S. Stebermann. Pracht Ausgabe. Statt 6 M. nur 3 M., Porto 50 Bfg.
Zwischen Himmel und Erde. Von Otto Lubwig, reich illustriert von S. Stebermann. Pracht Ausgabe. Statt 6 M. nur 3 M., Porto 50 Bfg.
Vogt, Illustrierte Weltgeschichte für das Volk. 6 Bände. Statt 39 M. nur 18 M., Porto 1 M.
Vogt, Welt der Erfindungen. 8 Bände. Gebunden. Statt 52 M. nur 25 M., Porto 1 M.
Der Eisenbahner. 2 Bändchen. Aufzge über das gesamte Eisenbahnwesen mit vielen Bildern und Karten nebst Modellatlas: Moderne Fahrzeug. Statt 34 M. nur 7.50 M., Porto 50 Bfg.
Das Festland am Südpol. Die Expedition zum Südpol in den Jahren 1898/1900. Von Carsten Borchgrevink. Elegant gebunden. 609 Seiten Text, 328 Abbildungen und 6 Karten. Statt 15 M. nur 6 M., Porto 50 Bfg.
Der Erdholl und seine Entdecker. Mit vielen Illustrationen. Statt 6 M. nur 2.75 M., Porto 50 Bfg.

Alle tabellos neue Exemplare und nur gute Werte.

Ratgeber f. Arbeiter Geb. 1.25 M.
Volkshochhdt. Leipzig.

Wer kauft ungeheures
Tabak - Rippen
gemischt? Offerten mit Preisangabe an Aug. Opitz, Dossau, Stenscherstr. 7.

Um Angabe der Adresse des Zigarettenarbeiters
Alb. Baltus aus Arnheim
erlaubt H. Kattelmann, Metallarbeiter, Westerb. (Bezirk Bremen).

Unsere Kollegen
Georg Romann aus Warendorf i. W.
zu seinem am 9. Dezember stattgefundenen Beienfest nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Seine alten Mitarbeiter der Firma Grantzow in Nauen.

Unsere Kollegen **Peter Ewerling** zu seinem am 9. Dezember stattgefundenen Beienfest nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Die organisierten Kollegen der Zigarettenfabrik Rentsch & Co. Werther I. W.

Codes-Anzeigen.

Am 20. November verstarb nach langer Krankheit das Mitgließe **Johannes Roms** aus Halberstadt im Alter von 56 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Zahlstolle Braunschweig.

Am 1. Dezember verstarb unser Mitgließe, die Zigarettenarbeiterin **Emma Kunze** aus Ober-Gruna, im Alter von 38 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihre Verstorbene Die Kollegen der Zahlstolle Dresden.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 1. Dezember das Mitgließe Frau **Marie Lippmann** im Alter von 24 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihre Die Mitglieder d. Zahlstolle Frankenburg.

Am 2. Dezember starb nach schwerem Leiden im Alter von 86 Jahren das Mitgließe **Dora Holsterrhagen** geb. Meyer in Berlin.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihre Die Mitglieder Verden.

Am 3. Dezember starb nach kurzem, schwerem Leiden das Mitgließe **Julius Kuhmert** aus Neumark i. Schl. im Alter von 40 Jahren an der Lungenerkrankung.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstolle Neumark i. Schl.

Am 4. Dezember verstarb nach langem, schwerem Leiden das Mitgließe **Melanie Melnhard** aus Schmöln.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihre Die Mitglieder der Zahlstolle Altenburg u. A.

Griefkasten.
Verstorbene müssen arbeitsfähig sein, — welche Interessen hat vorher zu bestehen. Bei Einbindung der Beiträge ist auch die Summe der Beiträge anzugeben.

Koll. Werthor 60 Bfg. — A. O., Dossau: 1.25 M.